

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angehängt. Redaktion: SW. 66, Cinderecke 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Abgabe: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cinderecke 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Aufnahme der Sicherheitsnoten.

Ein französisches Gelbbuch.

Der deutsch-französische Notenwechsel über die Sicherung der europäischen Grenzen stellt die Einleitung von Verhandlungen dar. Diese Einleitung selber hat bereits Monate gedauert. Die Schwierigkeiten beim Entstehen sowohl des deutschen Sicherheitsvorschlages und der französischen Antwortnote lassen vermuten, daß Monate vergehen werden, ehe der weitere Meinungsaustausch zwischen den beteiligten Mächten ein positives Ergebnis zeitigen wird, das alle europäischen Völker ohne jeden Unterschied so dringend benötigen. Die Schwierigkeiten, die sich einer dauerhaften Regelung des europäischen Friedens entgegenstellen, sind bei allen Völkern vorhanden. Überall sind Kräfte am Werke, die alle Mienen springen lassen wollen, um nur eine dauernde Verständigung in Europa zu verhindern.

Die Aufnahme, die der Notenwechsel in der deutschen Rechtspreffe findet, zeigt, wie stark diese Schwierigkeiten bei uns sind. Die Reichsregierung, von der der Garantievorschlag ausgegangen ist, stützt sich auf die Rechtsparteien. Aber diese „Stütze“ ist so schwach, daß sie offenbar in jedem Moment zu zerbrechen droht. Die Deutschnationalen lassen ihre Entscheidung zum Garantievorschlag nur hinter verschlossenen Türen, sie wagen es nicht einmal ihren eigenen Reichstagsmitgliedern das Ergebnis ihrer Beratungen schriftlich mitzuteilen. Sie werden durch die Berichtigung des Notenwechsels in die denkbar peinlichste Lage gebracht. So will denn auch die Rechtspreffe zwar weitere Verhandlungen nicht von vornherein ablehnen, aber ihre Kommentare zum Notenwechsel sind so eindeutig, daß man nicht abseht, was bei Verhandlungen aus diesem Geist Erprißliches herauszuschauen möchte.

Schroffe Ablehnung verkündet die „Deutsche Zeitung“: „Der Kampf gegen den Frieden in Europa“ so überschreibt sie die Meldungen über den Notenwechsel. Stresemann ist ihr noch schuldwürdiger als Erzberger und Wirth.

Das System, nach dem seit 6 1/2 Jahren in Deutschland auswärtige Politik betrieben wird, und zwar von „Leichenmüllern“ bis zum Dr. Gustav Stresemann, hat seine Krönung erfahren. Der Erfüllungswahn und die Sucht nach Verständigung und Versöhnung, und zwar einseitig, haben uns außenpolitisch und wirtschaftlich in eine Sackgasse geführt, aus der es wirklich nicht einfach ist, wieder herauszufinden.

Dieser Vorschlag bleibt, was wir immer von ihm gesagt haben, eine Preisgabe urdeutscher Landes, eine erschütternde Enttäuschung für alle außerhalb der politischen Grenze lebenden Deutschen, die auf den Wachstum des Reiches immerhin noch gehofft haben, und eine Verleugnung des bisherigen deutschen Standpunktes, daß der Versailleser Vertrag uns betrügerisch abgepreßt worden ist. Betrachtet man aber den Vorschlag lediglich als diplomatisches Schriftstück, so kommt man über die Unklarheit und Ziellosigkeit, mit der dem Feinde beinahe alles angeboten wird, ohne auch nur eine einzige Gegenforderung zu stellen. Kein Wunder, daß, wie wir später sehen werden, der Feind mit einer Hand zugreift und mit der anderen zu neuem Schlage ausholt.

Bei der „Deutschen Zeitung“ kann man noch sagen, daß sie eine Sonderstellung einnimmt, da sie eigentlich ein halbvolkliches Organ ist und infolgedessen ihre Äußerungen nicht direkt als Meinungsäußerung maßgebender deutschnationaler Kreise anzusehen ist. Aber die Stimmung der übrigen Rechtspreffe ist nicht viel anders. Der „Volk-Anzeiger“ nennt die französische Antwortnote ein „gleichwertiges Dokument“, die „Kreuzzeitung“ spricht von „neuen Fesseln“, die „Deutsche Tageszeitung“ will von Verhandlungen auf der Grundlage dieser Note nichts wissen. Sie schreibt:

„An der ausländischen Presse ist behauptet worden, amtliche Kreise in Deutschland glaubten in der französischen Note eine geeignete Verhandlungsgrundlage erblicken zu können. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wohl müssen selbstverständlich alle Unklarheiten geklärt werden. Aber das genügt nicht, um wirklich entscheidende Verhandlungen auf dieser Basis gerechtfertigt oder auch nur unbedenklich erscheinen zu lassen. Der Geist der französischen Antwortnote ist der Geist von Versailles, ist der Geist, der zum Ruhrkampf, zur Nichterfüllung von Köln und zur jüngsten Entwaffnungsnote geführt hat. Mit diesem Geist kann es für uns kein freiwilliges Paktieren geben. Die Entente, deren kolonialer Besitzstand in allen Erdteilen bedroht erscheint, bedarf heute nötiger als wir, neuer, besonderer vertraglicher Sicherungen in Europa. Die kann Deutschland niemals anders als auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit und wirklicher Gleichberechtigung geben.“

Es ist richtig, daß auch die Entente Länder ein starkes Interesse an einer Beruhigung Europas haben. Ebenso richtig ist aber auch, daß Deutschland kein Interesse daran hat, wenn durch solche Äußerungen, wie die der „Deutschen Tageszeitung“, durch den Hinweis auf die kolonialen Schwierigkeiten der Westmächte, auf die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Sowjet-Rußlands immer wieder den Eindruck zu erwecken, als ob es ernsthaft einen europäischen Frieden nicht wolle. Dadurch werden nur die Kräfte gestärkt, die Deutschland aus dem dauernden Druck der Befähigung nicht heraus lassen wollen.

Eine glatte Ablehnung magt zwar die deutschnationale Presse heute noch nicht auszusprechen. Aber sie will die Verhandlung so sehr mit Schwierigkeiten besetzen, daß weder Deutschland noch Europa aus der Sackgasse gegenseitiger Schwierigkeiten herauskommen. Die nächsten Wochen werden zeigen müssen, wie die Regierung Luther-Stresemann bei einer solchen Haltung des wichtigsten Teiles ihrer Regierungspresse die Verhandlungen mit den Westmächten weiterzuführen gedenkt und wie sie dabei zu einem Ziele gelangen will, das gerade im Interesse Deutschlands den Geist des Mißtrauens und des Appells an die Gewalt gründlich abzubauen erlaubt.

Das englisch-französische Zwischenspiel.

Paris, 19. Juni. (W.T.B.) Die französische Regierung veröffentlichte gestern abend ein Gelbbuch, in dem sie neun Noten wiedergibt, die seit dem 9. Februar zwischen der französischen und der deutschen Regierung sowie zwischen der französischen und der englischen Regierung ausgetauscht worden sind. Das erste Dokument ist das deutsche Memorandum vom Februar, das zweite Dokument die Empfangsbekräftigung Herriots. Von da ab bis zum 12. Mai haben infolge der Ministerkrise keine Verhandlungen mit der englischen Regierung stattgefunden. Erst an diesem Tage hat Außenminister Briand in London ein Memorandum überreichen lassen, das

Briands Entwurf der Antwortnote

auf das deutsche Memorandum darstellt. Briand stellt in diesem Schriftstück sechs Grundzüge auf. Die Punkte 1, 2 und 3 stimmen mit Punkt 1, 2 und 3 der bereits veröffentlichten französischen Note überein. Erst von Punkt 4 ab erkennt man, daß die britische Regierung Einwendungen erhoben hat.

In dem Notenentwurf vom 12. Mai, also in der ersten Fassung, lautet Punkt 4 wie folgt: Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, mit Frankreich sowie mit allen Staaten, die am Rheinpakt teilnehmen, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, um eine friedliche Lösung aller juristischen und politischen Konflikte zu garantieren. Frankreich ist der Ansicht, daß derartige Schiedsgerichtsverträge eine natürliche Ergänzung des Rheinischer Sicherheitspactes sein würden. Aber es ist klar, daß sie sich auf alle Konflikte jeder Art nicht erstrecken und Raum lassen müßten zu einer Zwangsaktion im Falle der Nichterfüllung der Vorschriften der verschiedenen Verträge und der in der gegenwärtigen Note in Aussicht genommenen Abkommen. Um diesen Verträgen eine volle Wirksamkeit zu geben, müsse ihre Durchführung durch die gemeinsame Garantie der Mächte sichergestellt werden, die auch an der territorialen Garantie des Rheinischer Sicherheitspactes teilnehmen.

Punkt 5 des ersten Entwurfs lautete: Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum erklärt, daß sie bereit ist, mit allen Staaten, die sich hierzu geneigt zeigen, Schiedsgerichtsverträge gleicher Art abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Befriedigung von dieser Versicherung Kenntnis. Sie sind der Ansicht, daß mangels derartiger Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die, ohne an dem geplanten Rheinischer Sicherheitspakt teilzunehmen, Signatäre des Friedensvertrages von Versailles sind, der durch den Rheinpakt erzielte Zweck weder erreicht, noch der Frieden in Europa vollkommen garantiert werden könne. Die alliierten Regierungen haben aus dem Völkerbundsstatut und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten können, und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht befreien können. Die so abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge hätten dieselbe Bedeutung wie die in § 4 in Aussicht gefassten Verträge und würden durch die gleichen gemeinsamen und individuellen Garantien verbürgt werden.

Punkt 6 des ersten Entwurfs Briands lautete: Nach Ansicht der französischen Regierung würden die allgemeinen Sicherheitsgarantien, die für die Aufrechterhaltung des Friedens notwendig sind, diesen nur wirksam sichern können, wenn die ins Auge gefassten Abkommen ein unteilbares Ganzes bilden. Die französische Regierung sei also der Ansicht, daß alle Abkommen, deren Beobachtung durch Unterschrift der gleichen Mächte sanktioniert würde, in einem allgemeinen Abkommen vom Völkerbund zusammengefaßt und unter seinen Schutz gestellt werden müßten, so daß hierdurch, wie es das deutsche Memorandum andeutet, der Ausgangspunkt einer noch allgemeineren friedlichen Abmachung entstehen könnte. Es versteht sich so von selbst, daß, wenn die Vereinigten Staaten glauben würden, sich dem Abkommen anschließen zu können, Frankreich glücklich sein könnte, wenn die große amerikanische Nation an diesem allgemeinen Werk des Friedens und der Sicherheit teilnehmen würde. In dem Schlußsatz dieses Notenentwurfs erklärt die französische Regierung, das seien die allgemeinen Gesichtspunkte, über die es notwendig sei, genau die Ansichten der deutschen Regierung kennen zu lernen. Die alliierten Regierungen müßten glücklich sein, eine Antwort zu erhalten, die es gestatte, in Verhandlungen einzutreten, die zum Ziele den Abschluß von Abkommen haben, durch die der Frieden eine neue und wirksame Garantie erhalte.

Das Dokument Nr. 4 ist

ein britisches Memorandum vom 19. Mai 1925.

Das Chamberlain dem französischen Botschafter in London überreicht hat. Man könnte es einen Fragebogen nennen, denn er wünscht Aufklärungen, ob Frankreich der deutschen Regierung im Namen aller Alliierten antworten will; des ferneren wird um Erläuterung der Bedeutung der im Punkt 3 angeführten Formel des Versailleser Vertrages gebeten. Sie könne zu Irrtümern in Bezug geben, wenn man sie ohne ihren richtigen Zusammenhang

der als ein Zusatz zu den bestehenden Verträgen betrachtet werden müsse. Außerdem wünscht Chamberlain Auskunft, wie der Ausdruck „Arbitrage“ aufzufassen sei. Sehe er nur eine Regelung juristischen Charakters für alle Fälle vor mit Ausschluß der Prozedur durch den Völkerbundrat, wie sie im Statut des Völkerbundes vorgesehen ist, oder verstehe die französische Regierung unter dem Wort „Arbitrage“ den Begriff „Conciliation“? Des ferneren wünscht die britische Regierung über den Fallus des französischen Notenentwurfs Aufklärung, in dem gesagt wird, daß

die Schiedsgerichtsverträge Raum für eine Zwangsaktion im Falle von Nichtbeachtung

haben müßten. Es scheint schwierig, so heißt es in der Note, daß die französische Regierung tatsächlich Zwangsmassnahmen ins Auge fassen könne, ohne vorher zu irgendeiner Prozedur im Hinblick auf die friedliche Regelung zu schreiben, zum Beispiel wie die, die vor dem Völkerbund gemäß dessen Statut vor sich gehen müßte. Chamberlain schreibt, das sei ein wichtiger Punkt, über den er für genaue Aufklärung dankbar sei. Außerdem wird eine Erläuterung des Begriffs „gemeinsame und individuelle Garantie“ gefordert sowie eine Definition der wahrhaften Verpflichtungen, die hierdurch für den Garanten entstehen könnten. Chamberlain will auch wissen, was der Satz bedeute: „unter die Auspizien des Völkerbundes gefasste Verträge“. Ergeben sich vielleicht daraus für irgendeinen Staat, der zwar Mitglied des Völkerbundes, aber nicht Unterzeichner des Abkommens sei, Verpflichtungen?

Das Dokument Nr. 5 gibt

die französische Antwort

auf diese Fragen. 1. Es sei die Ansicht der französischen Regierung, nicht im Namen der Alliierten, sondern im eigenen Namen im Einverständnis mit den Alliierten der deutschen Regierung zu antworten. 2. Mit dem Satz „Im Rahmen des Vertrags von Versailles“ wolle die französische Regierung zum Ausdruck bringen, daß der durch Deutschland vorgeschlagene Pakt in nichts die Friedensverträge schwäche, verleihe oder gegen sie Einwendungen erheben könne, also eine Zusatzgarantie hierzu darstelle. Des ferneren wolle die französische Regierung zum Ausdruck bringen, daß die Gesamtheit der Klauseln des Völkerbundsstatuts und des Friedensvertrages in jeder Hinsicht gesichert wäre. Das sei namentlich für die Grenzfragen und für die Vorkehrungen nötig, die dazu dienen müßten, die Beobachtung der Friedensverträge sicherzustellen. Die Reserven in Punkt 2 und 3 bezögen sich auf Oesterreich und Schlefien (?? Red. d. B.).

Nur mit Rücksicht auf die deutsche öffentliche Meinung erwähne die französische Antwort nicht ausdrücklich die Namen Oesterreichs, Polens usw.

Briand erklärte alsdann, die französische Regierung löse das Wort „Arbitrage“ im allgemeinsten Sinne auf. Sie verschiebe darunter, daß es sich darum handle, Gewährleistungen auszusprechen. Ueber die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, könne näheres erst in Verhandlungen bestimmt werden. Auf alle Fälle müsse der obligatorische Charakter der friedlichen Regelung festgelegt, die Befugnisse des Völkerbundsrates dürften nicht eingeschränkt werde. Die einzige Bedingung, die für die Auslegung wesentlich erscheidet, sei, daß die friedliche Lösung, die erzielt werde, den Charakter einer obligatorischen Entscheidung habe. Es sei notwendig, zwei Punkte zu unterscheiden: 1. Bei Nichtbeachtung der Vertrags- und Abkommensbestimmungen könne eine Zwangsaktion nur auf Grund einer speziellen Disposition der genannten Verträge und Abkommen, die eine einheitliche Aktion vorsehen, unternommen werden. 2. Für Nichtbeachtung der Schiedsgerichtsverträge müsse man eine Zwangsaktion vorsehen, die der Natur dieser Verletzung angepaßt sei. Briand antwortet weiter: Der Begriff „Gemeinsame und individuelle Garantie“ bedeutet, daß die Garantie für alle Signatäre gegeben wird, die grundsätzlich zusammen handeln müssen, aber, daß jeder der Signatäre für sich gesondert gehalten ist, vorzugehen für den Fall, daß einer oder mehrere Signatäre vertragen würden; zum Beispiel: Anlässlich der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland 1914 hat Oesterreich-Ungarn verlangt, außerdem muß man unterscheiden zwischen einer territorialen Garantie und zwischen einer im Schiedsgerichtlichen Vertrag gegebenen Garantie. Die erste Verpflichtung schließt naturgemäß die Zustucht zur Gewalt zur Verteidigung des verletzten Gebietes in sich. Die Garantie eines Schiedsgerichtlichen Vertrages muß nicht notwendigerweise diese Form annehmen; sie legt diplomatische oder andere der Natur der Verletzung sich anpassende Mittel voraus. 3. V.: Wenn Deutschland den Schiedsgerichtsvertrag mit Polen verletzt, dann kann Großbritannien automatisch nicht über das hinaus engagiert werden, was einerseits die im Schiedsgerichtsverträge vorgesehenen Garantien enthalten, und andererseits was ihm seine Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes auferlegt.

Frankreich kann nicht zulassen, daß ihm der rheinische Sicherheitspakt entgegengesetzt wird, wenn es verpflichtet ist, Polen Beistand zu leisten.

Dieses Beispiel beweist die Notwendigkeit, den Sicherheitspakt gleichzeitig mit Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland und den benachbarten Staaten abzuschließen. Wenn die Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und den Alliierten abgeschlossen werden, dann kann der rheinische Pakt von Deutschland angewiesen werden, um jeden Beistand gemäß den Bestimmungen des Völkerbundsstatuts von seinen Allianzstaaten (soll wohl heißen: Vertragspartner. Red. d. B.) zu verlangen. Dadurch, daß die französische Regierung vordringt, sämtliche Garantiepakte und Abkommen unter die Auspizien des Völkerbundes zu stellen, will sie nicht für die Mitglieder des Völkerbundes die gleichen Verpflichtungen wie für die Unterzeichner dieses Abkommens schaffen. Es geht um die Pflicht der Alliierten unter die

Autorität des Völkerbundes zu stellen, um im Bedarfsfalle die Berechtigung einer Aktion, die nach dem Vertrage unternommen wird, feststellen zu lassen, und um schließlich zu konstatieren, daß diese Aktion mit den Grundsätzen des Völkerbündnisses übereinstimmt.

Dokument 6,

Die Antwort Chamberlains

Am 29. Mai, beginnt damit, festzustellen, wie die britische Regierung die deutschen Sicherheitsvorschlüsse aufgefaßt habe. Chamberlain bezieht sich auf seine Ausführungen im Völkerbundrat vom 12. Mai, daß das beste Mittel, ein Programm der Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung durchzuführen, sei, das Völkerbündnis durch besondere Abkommen zu ergänzen, die den besonderen Bedürfnissen entsprechen. Dieses Abkommen müsse reinen Defensiv-Charakter tragen und in enger Harmonie und unter Leitung des Völkerbundes abgeschlossen werden. In seiner Unterhausrede vom 24. Mai habe er erklärt, daß, wenn

die britische Regierung ihre Verpflichtungen nicht auf alle Grenzen ausdehnen könne,

so doch derartige Verpflichtungen in der Zone übernommen werden können, in der die britischen Interessen am meisten berührt werden, also an der Grenze zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn. Als grundlegende Bedingung bezeichnet Chamberlain: Jede neue Verpflichtung, die die britische Regierung übernimmt, trägt einen spezifischen Charakter und beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung des territorialen Status an der Westgrenze Deutschlands. Neue Verpflichtungen, die über die Verpflichtungen des Völkerbündnisses und der Friedensverträge hinausgehen, will Chamberlain nicht übernehmen.

Chamberlain sagt weiter: Der französische Vorschlag, Schiedsgerichtsverträge als natürlichen Zusatz zum rheinischen Sicherheitspakt abzuschließen, ist für die kontinentalen Mächte wertvoll, aber nicht im gleichen Maße für Großbritannien. Aus dem gleichen Grunde kann England nicht zulassen, daß die Schiedsgerichtsverträge und der rheinische Pakt ein unteilbares Ganzes bilden und in einer Konvention zusammengebracht werden. Trotzdem ist England bereit, den Schiedsgerichtsverträgen Deutschlands mit den Westmächten eine Garantie zu geben, die notwendigerweise von der für das Rheinland gegebenen territorialen Garantie abhängig ist. Die Garantie wird spielen für den Fall, daß eine der kontrahierenden Parteien sich weigere, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten oder daß sie eine Entscheidung durchzuführen sich weigert oder zu einer feindseligen Handlung ihre Zuflucht nimmt.

Die Garantieverträge werden für England keinerlei Verpflichtung nach sich ziehen, in einer anderen Zone Waffenhilfe zu leisten, sondern nur in der des Rheinpacts. Chamberlain nimmt die französischen Antworten auf die drei ersten Punkte an, jedoch unter der Bedingung, daß sie die notwendige Interpretation erfahren, da sie zu allgemein gehalten seien. So muß es wohl verstanden sein, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine wesentliche Bedingung sei, aber nicht eine Vorbedingung, also nicht dem Abschluß des Sicherheitspaktes vorangehen müsse. Außerdem muß Belgien an dem Pakt als direkt interessierter Staat teilnehmen.

Auf die Änderungsanträge Chamberlains wurde dem französischen Botschafter in London am 5. Juni

Brands neuer Textvorschlag

übermittelt; hierauf antwortete Chamberlain am 8. Juni in Genf durch einen Brief an Brand. Hierin erklärt er, die neuen von der französischen Regierung vorgeschlagenen Amendements als derart, daß ohne Verzögerung die Angelegenheit durch eine Delegation zu erledigen sei, die die Angelegenheit durch eine Delegation zu erledigen sei, die die Angelegenheit durch eine Delegation zu erledigen sei. Die britische Regierung nehme alle Amendements mit Ausnahme eines einzigen an. Die französische Regierung habe recht anzunehmen, daß die britische Regierung anerkenne, daß der ins Auge gefaßte rheinische Sicherheitspakt nicht den Zweck haben könne, eine Barriere zu schaffen, um Frankreich zu verhindern, eine Aktion auszuüben, die den Garantien entspreche, die es bei den Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn gegeben habe. Aus diesem Grunde billige die britische Regierung den Punkt 4 des Notenentwurfs. Die britische Regierung sei tatsächlich der Ansicht, daß dieser Vorschlag überzeugend sei und daß er sich in gleicher Weise auf alle Unterzeichner des ins Auge gefaßten Paktes beziehe. Diefem Vorschlag könnten, wenn er richtig verstanden werde, ohne Schwierigkeit alle interessierten Parteien zustimmen. Es wäre offenbar ungerath, wenn der vorgeschlagene Rheinpakt in irgendeiner Form zugunsten einer Macht spielen könnte, die die Schiedsgerichtsbestimmungen verletze. Der Pakt und diese Ab-

kommen müßten jeder interessierten Macht die größtmögliche Sicherheit geben, solange sie ihre Vertragsverpflichtungen erfüllen, aber andererseits dürften die Bestimmungen nicht von einer schuldigen Macht angerufen werden, um sie vor den Folgen einer beabsichtigten Verletzung ihrer Vertragspflichten zu schützen. Unter dem Vorbehalt dieser grundsätzlichen Erklärung sei England mit dem Inhalt der Note einverstanden.

Hier schließt sich als 9. Dokument die am 16. Juni durch den französischen Botschafter in Berlin de Margerie dem Außenminister Stresemann überreichte und bereits veröffentlichte Note an.

Kommt Herriot wieder?

Ihr würdet die Sozialisten freudig unterstützen.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auch die gestrige Abendigung der sozialistischen Fraktion zusammen mit dem Parteivorstand ist nach fünfständiger Diskussion ohne bestimmtes Ergebnis geblieben. Den Beratungen lagen mehrere Anträge zugrunde. Die erste, von Compère-Morel, will die Politik der Unterstützung künftigen und die volle Handlungsfreiheit gegenüber dem Kabinett Painlevé wiedergewinnen, da dessen Politik in Widerspruch stehe zu der Politik des 11. Mai. Compère-Morel schlug vor, daß die Fraktion die Regierung und die anderen Gruppen des Kartells von diesem Beschluß benachrichtige und in einem an das Land gerichteten Manifest ihre Haltung begründe. Dieser Antrag wurde insbesondere von Faure und Pressemann unterstützt. Ein Antrag Renaudel schlägt vor, daß die Fraktion künftig nur noch ein Ministerium unterstütze, dessen Politik mit der der vorangegangenen Kabinetts übereinstimme. Renaudel beantragte, daß die sozialistische Partei vor dem definitiven Bruch nochmals Painlevé die Bedingungen bekanntgebe, unter denen die Fortsetzung der Unterstützungspolitik bereit wäre. Lehne Painlevé diese Bedingungen ab, dann solle der Bruch automatisch erfolgen. Ein dritter Antrag Renaudel geht dahin, die Entscheidung zurückzustellen und in direkten Verhandlungen einen letzten Einigungsversuch mit Regierung und Linksblokkparteien zu unternehmen. Die Diskussion über diesen Antrag war außerordentlich lebhaft, insbesondere kritisierte der linke Flügel (Brade u. Gen.) die Haltung der Fraktion anherberauschend heftig. Die Politik Painlevés hat lebhaftigen einen Verteidiger, Paul Boncour. Renaudel äußerte Bedenken dagegen, daß die Partei die Verantwortung für den Bruch des Kartells übernehme.

und sprach sich sehr dafür aus, daß alles versucht werden müsse, um das Kartell zu retten. Es genüge, wenn die sozialistische Fraktion ihre volle Handlungsfreiheit wahre und im Parlament ihre Abstimmung jeweils von der Haltung der Regierung selbst abhängig mache. Da keiner der drei Anträge eine Mehrheit erlangte, wurde zum Schluß vereinbart, daß die Antragsteller im Laufe des Freitags versuchen sollen, sich auf eine gemeinsame Formel zu einigen. Sollte dies nicht gelingen, dann sollen die drei Anträge als Memorandum den Mitgliedern der Fraktion und des Parteivorstandes zur schriftlichen Äußerung innerhalb 48 Stunden vorgelegt werden.

Den Beratungen der Sozialistischen Partei war eine kurze Beratung des Kartellausschusses vorangegangen. Mehrere Radikalsozialisten und sozialistische Dissidenten anerkannten die Haltung der Sozialisten durchaus korrekt und objektiv. Andere dagegen wandten ein, daß die sozialistische Fraktion dem Lande gegenüber eine schwere Verantwortung übernehme, wenn sie in diesem Augenblick eine Ministerkrise provoziere. Die an die sozialistischen Delegierten schließlich gestellte Frage, ob die Partei bereit wäre, die Politik der Unterstützung einem neuen Kabinett gegenüber fortzusetzen, das die Politik des Kabinetts Herriot wieder aufnehmen würde, wurde von den Sozialisten rückhaltlos bejaht.

Die Wahlreform.

Paris, 19. Juni. (W.B.) Die Kammer hat nach einem Bericht Renaudels über den Beschluß des Gesetzesausschusses, der das System der integralen Verhältniswahlen angenommen hat, den Vorschlag angenommen und den Ausschuss beauftragt, einen Bericht über das Wahlgesetz zu erstatten, dessen Grundsätze

das jetzt bestehende Wahlgesetz abändern. Der zweite Teil des Antrages, welcher lautet: Um ein System, begründet auf Verhältniswahlen, durchzuführen, wurde jedoch mit 296 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Damit dürften dem radikalen Antrag auf Wiedereinführung der Arrondissementswahlen die Wege gebnet sein.

Robert Lafollette.

Der Bannerträger der neuen Fortschrittspartei.

Der Senator Lafollette, dessen Tod in unserer heutigen Morgenausgabe gemeldet wurde, hat besonders in den letzten zehn Jahren eine große Rolle im politischen Leben der Vereinigten Staaten gespielt. Er gehörte ursprünglich den Republikanischen Partei an, bildete jedoch in ihr mit einigen Gleichgesinnten einen besonderen Flügel, der durch seine wahrhaft demokratischen Tendenzen nicht nur von der eigenen Gesamtspartei, sondern auch von der sogenannten demokratischen Partei vorteilhaft abstand. In den Jahren des Weltkrieges trat Lafollette energisch für die Beibehaltung der amerikanischen Neutralität ein, nach dem Kriege stand er mit an der Spitze derjenigen Parlamentarier, die gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages konsequent und mit Erfolg opponierten. Trotz seiner kanadisch-französischen Abstammung war Lafollette ein unerbittlicher Bekämpfer des französischen Imperialismus, wie er unter Clemenceau und Poincaré besonders in Erscheinung trat. Diese Stellungnahme trug ihm auch den Ruf der Deutschfreundlichkeit ein, einen Ruf, der insofern berechtigt gewesen sein dürfte, als er ja besonders unter den Deutschamerikanern sehr volkstümlich war.

Seine Populartät wurde aber vor allem groß unter der arbeitenden Bevölkerung, als er in den letzten Jahren einen unerbittlichen Feldzug gegen die Korruptionskandale führte, in die beide führenden Parteien verwickelt waren. Ferner gelang es ihm, in einer der letzten Sitzungen des vergangenen Senats ein Gesetz durchzubringen, das die Offenlegung der Steuerlisten an einem bestimmten Tage vorschrieb. Durch diese Maßnahme kamen die unglaublichen Steuerhinterziehungen unter den meisten Dollarförmigen zutage.

Als nun die Vorbereitungen zum Präsidentschaftswahlkampf begannen, da traten die Vertreter verschiedener großer Organisationen an ihn mit dem Vorschlag heran, eine „Dritte Partei“, die Partei des Fortschrittes, zu gründen und als deren Schildhalter zu kandidieren. Es waren dies vor allem die Farmerorganisationen sowie zahlreiche Gewerkschaften. Auch die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten unterstützte diese Anregung, und so wurde Lafollette auf dem Konvent der neuen Fortschrittspartei in Cleveland am 5. Juli 1924 von 600 Delegierten einstimmig nominiert. Er erhielt bei der Wahl 4 826 000 Stimmen von insgesamt 30 Millionen, hatte die Mehrheit nur im eigenen Staat Wisconsin, war jedoch Zweiter in elf anderen Staaten.

Sein Name wird zweifellos in der Geschichte der Vereinigten Staaten und insbesondere im Gedächtnis der amerikanischen Arbeiterbewegung fortleben, der er einen mächtigen Impuls dadurch gegeben hat, daß sich zum erstenmal die verschiedenen Organisationen zu einer politischen Aktion größtenteils auf seinen Namen vereinigen konnten.

Die Pleite der Mussò-Lire.

Rom, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Presse beschäftigt sich am Donnerstag vorwiegend mit dem starken Kursrückgang. Die Marktnotierte am Dienstag 6,17, Mittwoch 6,23 und Donnerstag 6,50. Gleichzeitig sind 5prozentige Staatsanleihe von 97,50 auf 90,60 und 3½prozentige auf 78 gesunken. An der Börse herrscht Panikstimmung. Da bisher noch der sächsischen Presse stets behauptet wurde, daß ausländische Wertschriften an dem Kurseffekt schuld seien, ist die Feststellung der „Tribuna“ besonders hervorzuheben, nach deren Informationen im In- und Auslande feststeht, daß der Kurseffekt gegen Pfunde und Dollar hauptsächlich von Italien ausgeht.

Amundsen.

Der Völker Auge sah dein Hoffen steigen.
In Bangen hämmerte die rasche Stunde.
Doch Tage, Wochen flüchten ohne Kunde.
Nur Duldern wird des Sieges Preis zu eigen.
Und tiefer ging des Schmerzes dunkles Neigen.
Die Schar der Toten stand in schwerer Kunde.
Im Haupt und Herz die arme Heidenwunde.
Und Menschheit siebte durch Eis und Schweigen.

Nun leuchten froh dem heimgekehrten Sohne
Der Völkerfahren buntemengte Farben.
Kommst du als Sieger? Schleppt du dir zum Lohne
Der wagemutigen Jahre heilige Narben?
Wir fragen nicht — wir sehn die Dornenkrone
Der Tapfern, die als deine Brüder farben.

Franz Rothensfelder.

Das Amt des Reichskunstwarts.

Das Amt des Reichskunstwarts besteht jetzt 5 Jahre. Sein Inhaber Dr. Edwin Redslob hat sich in dieser Zeit erfolgreich betätigt auf dem Gebiet der amtlichen Graphik, wo in Zusammenarbeit mit ersten Künstlern eine Reihe von Arbeiten entstanden, die wegen ihres vorbildlichen Wertes weit über ihr Auftragsgebiet von Bedeutung sind. Außerdem hat der Reichskunstwart es verstanden, den großen Kundengebungen ein besonderes Gepräge zu geben, so daß man bereits von einem bestimmten Stil derartiger Dinge sprechen kann. Es handelt sich um staatliche Feiern wie die Verfassungsfeier und solche aus einzelnen Anlässen, unter anderem gelegentlich des Ruhrtampfes, und die Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten, die durch ihre Würde und Größe allgemeine Beachtung fanden.

Innerhalb der verwaltenden Tätigkeit ist der Reichskunstwart ständig als Anwalt der Kunstlerchaft gegenüber Behörden tätig gewesen, was sich besonders auf dem Gebiet der Steuerbegünstigung zeigte. Aber auch in vielen einzelnen Fällen hat er für die Wahrung der Rechte des Künstlers in vermittelnder Tätigkeit gearbeitet. Entsprechend dem Sinne des Amtes, das nicht bürokratisch festgelegt, sondern beweglich sein soll, hat er sich außerdem der Erhaltung der künstlerischen Ueberlieferung auf dem Gebiet des Handwerks angenommen. Hier hat er eine umfassende Tätigkeit eingeleitet, indem er Behörden und Verbände zu einer Vereinigung zusammenschloß und von hieraus diese Frage betrieb.

Der Reichstag hat auf diesem Gebiet sowohl früher wie auch jetzt bei den Verhandlungen über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums des Innern sich in klarer und rückhaltloser Form für die Tätigkeit des Reichskunstwarts ausgesprochen, wobei dann freilich auf Fragen der Abgeordneten hin im Ausschuss der Reichskunstwart mitteilte, daß die Mittel

beständig reduziert würden, so daß auf der einen Seite sich die Arbeitsgebiete entschieden vermehrt hätten, während auf der anderen Seite die Hilfskräfte und Hilfsmittel beschnitten worden seien. Der Reichskunstwart konnte nichts anderes als erklären, daß wohl eine zeitlang derartige Bestrebungen ohne geeignete Mittel und Hilfskräfte durchführbar seien, dann aber ein Zeitpunkt käme, wo die Fortführung ohne solche erlahmen müßte. Demnach scheint eine Art Ultimatum gestellt worden zu sein, nach dem entweder die Bestrebungen anerkannt und realisiert werden, oder er nur die Arbeit tut, die auf die Dauer mit einem auf 8000 M. reduzierten Fonds ausführbar ist, und sich dann nur noch für einzelne Aufgaben, deren Kosten außerhalb seines Bureaus getragen werden, zur Verfügung stellt.

Wir dürfen dem hinzufügen, daß wir die Stellung des Reichskunstwarts für eine so wichtige halten, daß sie an bureaukratischer Kleinlichkeit oder gar Unwilligkeit nicht scheitern darf. Mittel, die für kulturelle Zwecke gegeben werden, sind niemals unproduktiv und ermöglichen es, die Ausgaben für solche Staatseinrichtungen allmählich zu verringern, die nur dem Schutze gegen kulturfeindliche Elemente dienen.

Ein historisches Baumwerk soll „verfehlt“ werden. Das bekannte Holzkentor in Lübeck, eines der schönsten historischen Tore Norddeutschlands, ist für Lübeck zu einem argen Verkehrshindernis geworden, da es nur einen einzigen, und zwar recht niedrigen und schmalen Durchgang hat, der von der elektrischen Bahn nicht benutzt werden kann. Man hat nunmehr in Lübeck den Plan gefaßt, das Tor nach dem Vorbild der Amerikaner, die bekanntlich ganze Straßen und Städte „verfehlen“, an eine andere Stelle zu „transportieren“. Darüber ist man sich allerdings noch nicht einig, ob der Transport nach amerikanischer Manier erfolgen soll, oder ob man das Tor abbrechen und an dem dafür bestimmten neuen Platz wieder aufbauen soll. In letzterem Falle allerdings wird das Baumwerk natürlich nur noch bedingten historischen Wert besitzen.

Neues Licht auf Abraham. Der englische Ägyptologe Arthur Weigall, der frühere Generalinspektor der ägyptischen Altertümer, veröffentlicht jetzt den ersten Band eines großen Wertes, in dem er die „Geschichte der Pharaonen“ darstellen will. Der erste Band umfaßt die ersten 11 Dynastien von Jahre 3407 bis 2111 v. Chr. Weigall glaubt, besonders durch seine Auslegung der sogenannten „Palermo-Steintafel“, eine sichere Chronologie für die Herrschaftsdauer der einzelnen Dynastien und Pharaonen gefunden zu haben, und von diesen durch ihn gewonnenen Erkenntnissen fällt auch neues und überraschendes Licht auf die älteste biblische Geschichte. Aus verschiedenen ägyptischen Zeugnissen glaubt Weigall genau die Zeit feststellen zu können, in der der Patriarch Abraham nach Ägypten kam. „Die biblische Geschichte erzählt“, schreibt er, „daß Abraham nach Ägypten auszog, weil er in dem Land, in dem er lebte, von Hunger gepeinigt war. Nun berichtet eine ägyptische Inschrift, daß zu der Zeit des Sturzes der 11. Dynastie, 2112 v. Chr., asiatische Stämme sich im Delta festsetzten und diese fruchtbaren Gebiete aufsuchten, weil sie in ihrem eigenen Gebiet Mangel an Nahrung litten. Die Ägypter gestatteten ihnen dies. Die Bibel berichtet dann, daß zu derselben Zeit der Herr Pharaon und sein Ham mit großen Plagen plagte“. Das selbe ägyptische Dokument

spricht ebenfalls von den Plagen, die damals in Ägypten herrschten. Schließlich erzählt die Bibel, wie Pharaon Abraham und sein Weib und alle, die mit ihm waren, fortjagte. Das ägyptische Dokument aber stellt fest, daß der Begründer der 12. Dynastie „die asiatischen Anstiedler wieder aus Ägypten fortwies“. Weigall schließt aus dieser Uebereinstimmung der biblischen und ägyptischen Berichte, daß die Erzählung der Bibel auf diese historischen Ereignisse zurückgeht, und hält es für wahrscheinlich, daß Abraham im Jahre 2111 v. Chr. bei der Gründung der 12. Dynastie aus Ägypten „abgeschoben“ wurde. „Alle diese Angaben zeigen“, fährt er fort, „daß die Ereignisse, die in der Bibel berichtet werden, und ihre zeitliche Abfolge durchaus wahrscheinlich sind und den geschichtlichen Tatsachen entsprechen. Nach dieser Datierung läßt sich auch feststellen, daß Josephs Verurteilung durch den Pharaon, wie sie in der Bibel erzählt wird, im Jahre 1959 v. Chr. erfolgte. Dies ist das Jahr der Thronbesteigung Amenemes III. aus der 12. Dynastie, ein Zeitpunkt, der für solche Regierungsänderungen sehr geeignet war.“

Eine Dauerrede gegen die moderne Kunst. Im Londoner Hyde-Park ist ein Werk des Bildhauers Epstein, der eine ultramoderne Richtung vertritt, aufgestellt worden. Einem großen Teil der Londoner Bevölkerung fällt es nach wie vor schwer auf die Kernen. Obzwar die maßgebenden Kunstkritiker der britischen Reichshauptstadt Epsteins Arbeit als außerordentlich gut gelungen und eindrucksvoll rühmen, ist eine förmliche Protestbewegung in Gang gekommen, die schon seit Wochen die öffentliche Meinung Londons beschäftigt und beunruhigt. Dieser Tage erreichte sie ihren Gipfel. Der Bildhauer Hague, der ihm die Feinde und Kontrurrent Epsteins, hielt im Angesicht des umstrittenen Wertes unter freiem Himmel im Hyde-Park eine zwölfstündige Protestrede. Er begann um 8 Uhr morgens und witterte und schimpfte die ganzen zwölf Stunden hindurch gegen die moderne Kunst im allgemeinen und ihren „Vielköpfer“ Epstein im besonderen, und erst als es 8 Uhr abend schlug, hörte er mit einer besonders gepfefferten Schimpfperiode auf. Zwischen durch hatte er nur ab und zu einen Schluck Ingwer-Bier getrunken und zwei oder drei Bräthen geessen. Gewiß eine Leistung! Aber sie verpuffte so jämlich, denn selbst während der stärksten Verheerungsstunden vermochte der harthäutige Dauerredner höchstens hundert bis hunderunjzig Zuhörer um sich zu fassen.

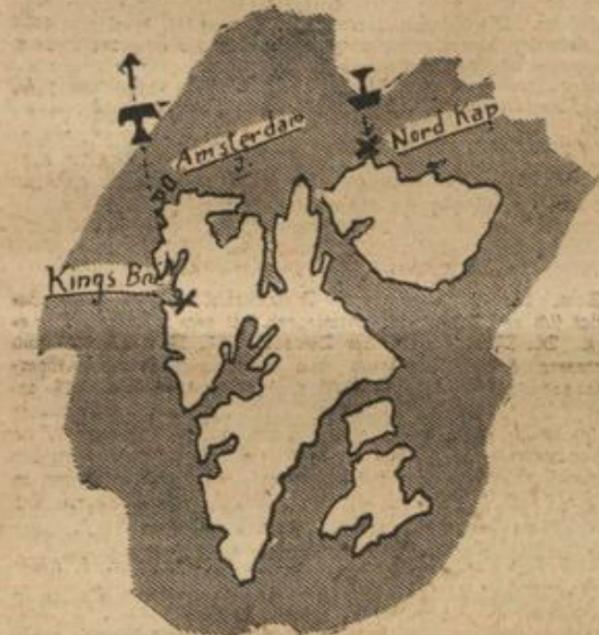
Das Sommerfest der Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen ist infolge des zweifelhaften und frühen Wetters auf Mittwoch, den 24. verlegt worden. Das Programm bleibt unverändert. Sämtliche derzeit ausgegebenen Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit.

Die Ausstellung „Berliner Kunst 1825“ veranstaltet am Montag, dem 22. Juni, abends 7 Uhr, den ersten ihrer beiden Gesellschaftsabende mit anschließendem Vortrag und Konzert in den Räumlichkeiten des Deutschen Opernhauses, Charlottenburg, Bismarckstraße 34-37, Karten zu 3.— in der Ausstellung und in der Bismarckbuchhandlung, Bismarckstraße 87.

Die 9. Jahresversammlung der Deutschen Mineralogischen Gesellschaft findet in Jülich vom 7.—13. September statt. An den letzten Tagen werden Ausflüge in das Gebiet des St. Gotthard unternommen werden. Geschäftsführer der Versammlung ist Prof. B. Rigold-Jülich. Die für die Zeit vor der Jährlichen Versammlung geplanten Studienfahrten in deutsche Mittelgebirge sind auf das Jahr 1926 verschoben worden.

Amundsens Bericht.

Der Nordpol nicht erreicht. — Ein gefährlicher Rückflug.
 Amundsen hat auf seinem Fluge den Nordpol nicht erreichen können. Er hat in etwa achtstündigem Fluge 1000 Kilometer nach Norden zurückgelegt und ist bis zu 87 Grad 44 Minuten gelangt. Am 15. Juni hat die Expedition den Rückweg angetreten und ist nach neunstündigem Flug am Nordkap von Spitzbergen gelandet, wo sie der norwegische Segler „Heimdal“ ausgenommen und nach Kingsbay zurückgebracht hat.
 Nach Amundsens erstem Bericht hatte er in der Nacht zum 22. Mai nach achtstündiger ununterbrochener Fahrt festgestellt, daß die Hälfte seines Benzinvorrates verbraucht war. Die beiden Flugzeuge ließen sich auf das Wasser nieder. Beide Flugzeuge konnten nicht wieder freikommen, sondern stoben vollständig ein. Sie befanden sich 87 Grad 44 Minuten nördlicher Breite und 10 Grad 20 Minuten westlicher Länge. Wihin hatten die Flugzeuge genau 1000 Kilometer zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 150 Stunden-Kilometer. Der Gegen-



wind hatte die Flugzeuge um etwa 200 Kilometer zurückgebracht. Die Leistungen ergaben, daß das Meer unter dem Eise eine Tiefe von 3750 Meter hatte. Die Flieger haben nach Norden hin ein Gebiet von 100.000 Quadratkilometern überschauen können, das sich bis ungefähr 88,5 Grad nördlicher Breite erstreckte. Anzeichen von Land wurden nach Norden hin nicht entdeckt. Amundsen glaubt, daß in Anbetracht der gelassenen Meerestiefe es ganz unwahrscheinlich sei, daß auf dieser, der europäischen Seite des arktischen Meeres weiter nördlich Land sich befindet.

Ein weiterer Bericht Amundsens sagt: „Wären wir noch kurze Zeit in nördlicher Richtung weitergeflogen und hätten dann zu landen versucht, so hätten wir tatsächlich den Pol erreicht. Ein Loten war jedoch unmöglich. Wir erwogen auch, nur den Pol zu überfliegen ohne genauere Beobachtungen anzustellen. Wir kamen schließlich dahin überein, anstatt unseren Flug weiter nach Norden fortzusetzen, den Rückweg weiter nach Osten zu verfolgen, um dabei noch bisher unentdeckte Gegenden festzustellen. Da die beiden Flugzeuge durch Eis blockiert waren, war die größte Schwierigkeit der neue Start. Unter den größten Entbehrungen konnte endlich eine Maschine starten. Obgleich das Flugzeug Zeichen von Beschädigungen aufwies, konnte es doch noch aus dem Packeis aufsteigen und schwebte wieder über der ungeheuren Eisfläche. Am 15. Juni versuchte die Expedition mit beträchtlich verringerter Ladung einen neuen Start. Fast die gesamte Ausrüstung wurde über Bord geworfen. Nur ein Mindestmaß von Benzin wurde zurückbehalten, um den Flug südwärts fortsetzen zu können. Der Start glückte und es gelang nach neunstündigem aufregendem Flug, das Nordkap von Spitzbergen zu erreichen. Dort wartete die Expedition günstigerer Winde ab. Der Benzinvorrat betrug noch 120 Liter. Ein zufällig passierender norwegischer Segler nahm das Flugzeug in Schlepptau. Gegen Nacht nahm der Wind zu und die Expedition mußte an der Westseite der Franklin-Bucht Schutz suchen. Wie auch am 16. Juni der Sturm noch nicht nachließ, verließen mehrere Mitglieder die Expedition, um in Kingsbay neues Benzin zu lassen. Die Expedition kam schließlich nachts 1 Uhr in Kingsbay an.“

Neues Bergwerksglück. Auf dem Wolfs-Schachte bei Eis leben ereignete sich gestern Abend ein schweres Schichtunglück, von dem eine ganze Kameradschaft betroffen wurde. Drei Bergleute wurden getötet, andere schwer verletzt. Ueber die Ursache ist näheres noch nicht zu ermitteln gewesen.

Die Zerstückung des Trogmann-Denkmal in Südtirol wird sogar von der römischen Faschistenpresse als Vandalismus bezeichnet; mehrere faschistische Führer von Meran seien verhaftet worden.

Chinadebatte im Unterhaus.

Die Arbeiterpartei gegen die Ausbeutung Chinas.
 London, 18. Juni. (B.T.) Unterhaus. Der Arbeiterführer Trevelyan eröffnete heute Abend um 8 Uhr 25 Minuten die Debatte über die Lage in China. Auf den Besuchertribünen war eine Anzahl von Chinesen anwesend. Trevelyan sagte, sein Zweck sei keineswegs, die Regierung anzugreifen. Die Lage in China sei sehr besorgniserregend. Das Leben der Ausländer, insbesondere der Engländer und Japaner, sei in großer Gefahr. Es sei Pflicht der Regierung, Maßnahmen zum Schutze der Engländer zu ergreifen. Nach Ansicht der Arbeiterpartei sei die unmittelbare Ursache der unglücklichen Vorfälle in Shanghai industrieller Arie. Trevelyan bezeichnete die dortigen industriellen Verhältnisse als ungeheuerlich und tadelt das Vorgehen der Polizei. Er sagte ferner, die allem Vorgefallenen zugrunde liegenden Schwierigkeiten seien die extraterritorialen Vorrechte der Mächte. Die Chinesen fühlten, daß sie von ihren ausländischen wirtschaftlichen Ausbeutern regiert werden.

Staatssekretär Chamberlain
 erwiderte, daß er die schlechten Arbeitsbedingungen in China nicht unterschätze, und daß die britische Regierung alles tue, um Besserung zu schaffen. Die britische Regierung werde Leben und Eigentum der Briten in China schützen und die chinesische Regierung für allen Schaden verantwortlich machen.

Die Ursache der Unruhen läge in der Unzufriedenheit des chinesischen Volkes mit seiner gegenwärtigen Lebenslage, und es sei sehr leicht, Unruhen anzufachen. Er bitte die Opposition, nicht voreilig ein Urteil zu fällen. Nach den letzten Informationen der Regierung habe der Befehl zum Feuern Sturmgießen verhindert und nicht verursacht. Die Regierung prüfe die beste Art und Weise, wie die Beziehungen zu China gebessert werden könnten; die bevorstehende Zollkonferenz in China biete Gelegenheit dieser Prüfung. Er hoffe, daß die Mächte bei China einen Geist der Versöhnung und des guten Willens vorfinden werden.

Lord George erklärte, er sei erfreut zu hören, daß Chamberlain sich für eine Zusammenarbeit der Mächte einsetzen wolle, denn es läge eine wirkliche Gefahr darin, daß die Bewegung in China nicht fremdenfeindlich, sondern englandfeindlich geworden sei.

Calles gegen Kellog.

Scharfe Zurückweisung amerikanischer Einmischung.

Der nordamerikanische Außenminister Kellog hatte öffentlich behauptet, daß gewisse Besitztümer amerikanischen Bürgern in Mexiko auf ungesetzliche Weise ohne Entschädigung fortgenommen seien: nur in einem Falle, wo sie von der Regierung auf Grund unberechtigter Ansprüche von Arbeitern beschlagnahmt worden wären, sei Entschädigung gewährt worden; Kellog hat die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die mexikanische Regierung die Betroffenen entschädigen würde. Weiter zitierte er Brestenachrichten, wonach eine neue Umwälzungsbewegung bevorstehe. Amerika werde Mexiko Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Ordnung nur so lange gewähren, als Mexiko das Leben der Amerikaner und die amerikanischen Interessen schütze und ihre internationalen Verpflichtungen und Verträge respektiere. Er fügte hinzu, daß die mexikanische Regierung im gegenwärtigen Augenblick dem Urteilspruch der Welt unterliege.

Auf diese Erklärungen Kellogs hat der mexikanische Reichspräsident Calles öffentlich erwidert. Daß Mexiko, ohne dazu völkerrechtlich gezwungen zu sein, alle Nationen, deren Staatsbürger oder Untertanen durch Gewalttätigkeiten während der Umwälzungen im Lande geschädigt worden sind, eingeladen hat, mit ihm ein Uebereinkommen zu treffen über die Bildung von Kommissionen zu Schadensfeststellungsausschüssen zur Gewährung angemessener Entschädigungen. Ein Uebereinkommen wurde mit Nordamerika getroffen, um gegenseitige Entschädigungsansprüche der Bürger festzustellen. Solange die erwähnten Ausschüsse noch keine Entscheidung getroffen haben, ist es nicht angebracht, Mexiko mangelhaften Schutz der amerikanischen Interessen und Verletzung seiner internationalen Verpflichtungen vorzumerfen.

Mexikos Vagraregierung ist in Ausübung seiner Souveränitätsrechte erlassen; überdies hat Nordamerika die gefelmäßige Entschädigung angenommen. In den Erklärungen des Mr. Kellog liegt eine Mißachtung der Souveränität Mexikos, über die dieses Land nicht hinweggehen kann, sondern die es auf das schärfste zurückweisen muß, denn es besteht keinem fremden Lande das Recht zu, in welcher Form auch immer, in seine inneren Verhältnisse einzugreifen, noch ist es gewillt, seine auswärtigen Beziehungen den Forderungen irgendeines anderen Landes unterzuordnen. Mexiko wird nicht zulassen, daß der genannte Botschafter ohne vorherige Ermächtigung seitens Mexikos im Namen anderer ausländischer Personen oder Interessen auftritt, als diejenigen, die seinem eigenen Lande angehören. Wenn nach den Behauptungen, die Regierung Mexikos dem Urteilspruch der Welt unterliegt, so befinden sich ebenso die Regierung der Vereinigten Staaten und diejenigen der anderen Länder in der gleichen Lage. Aber wenn darunter verstanden werden soll, daß Mexiko als Angeklagter vor seinen Richtern stehe, so weist meine Regierung auf das allerentschiedenste eine derartige Zumutung von sich, die im Grunde nichts anderes darstellt, als eine Beleidigung.

Abschließend erkläre ich, daß meine Regierung entschlossen ist, dem Leben und den Interessen der Ausländer den Schutz angedeihen zu lassen, auf den sie Anspruch haben; daß diese Regierung die Hilfe und Unterstützung der anderen Länder nur annimmt und zu empfangen erwartet als Grundlage einer aufrichtigen und loyalen Zusammenarbeit, daß sie aber unter keinen anderen Umständen zulassen wird, daß die Regierung irgendeines Landes darauf hinarbeitet, für ihre Staatsbürger eine Vorgesetzene zu schaffen, und daß sie ebenso wenig eine fremde Einmischung irgendwelcher Art dulden wird, die mit den Rechten Mexikos als souveräner Macht nicht vereinbar ist.

Bintarco Elias Calles.

Die verfilmten Reichsgelder.

Vernehmung von Reichsbankdirektor Wenker.

In der heute fortgesetzten Beweisaufnahme im Bohnstäten- und Trianon-Filmprozeß wurde an erster Stelle Reichsbankdirektor Wenker als Zeuge vernommen. Er war bei der Gründung Geschäftsführer der Bohnstäten-GmbH., als diese auf Anordnung von Geheimrat Glas ins Leben gerufen wurde, da sich auch die Reichsbank daran beteiligte. Das Arbeitsministerium konnte aus staatsrechtlichen Gründen nicht selbst Geschäftsanteile erwerben. Deshalb erwarben die Ministerialräte Benzel und Bretschneider Anteile aus eigenen Mitteln. Der Zeuge ist aber der Meinung, daß sie trotz des formellen privatrechtlichen Charakters der Bohnstäten die Direktiven des Ministers zu beachten hatten. Die Gesellschaft durfte nichts tun, womit der Arbeitsminister nicht einverstanden war, denn die Person des Vorsitzenden des Aufsichtsrats war zugleich Dezernent im Arbeitsministerium, nämlich Geheimrat Glas. Der eine konnte infolgedessen nichts tun, was der andere nicht billigte. Persönlich äußerte sich der Zeuge zu dem Geschäft mit der Trianon dahin, daß er diese Kreditgabe als ein Darlehensgeschäft betrachte und daß er es eigentlich nicht mit den Aufgaben der Baugesellschaft in Einklang bringen könne. Wenn aber die vorhandenen stillliegenden Gelder zu einer Beteiligung auf anderem Gebiete zwanzen, dann hätte er zunächst den Vorsitzenden des Aufsichtsrats benachrichtigt.

Missionare deutscher Kultur.

Auf der Gründungsversammlung der Berliner Zweigstelle der „Deutschen Akademie“, die kürzlich stattfand, propagierte der Redner des Abends, Prof. Pfeilschifter, in überheblich-phrasenhafter Weise die deutsche Aufgabe: Kulturmissionierung der ganzen Welt.

Rum wohl: Die unsere Kulturmissionare tätig sind, dafür ein drastisches Beispiel. In ein Lokal der Halenkreuzergasse war kürzlich, durch irgendwelches Versehen, ein Amerikaner hineingeraten. Inmitten der schwarzweißroten Alkoholrotte fühlte er sich recht unbehaglich, machte aber gute Miene zum bösen Spiel und sah mit feierlichem Gesicht da, indes die Söhne Teuts wild die Wetkrüge schwingen, und sich mit dem Schlachtfeld ihrer Heldenmahn in immer heftigeren Sufz hinein-dirigierten.

Davon bekam aber der Ausländer Hunger und bestellte bei dem Ober eine Hammelkeule. Und mit einiger Erleichterung machte er sich ans Essen. Er hatte jedoch die Rechnung ohne die wackeren Holenkreuzergäste gemacht.

Wieder einmal stieg der Siegerkranz gen Himmel, oder vielmehr an die Stuckdecke. „Aufstehen“, brüllten die Jeremonienmeister. Der Sohn Amerikas hatte Hunger, ihm dauerte die Hammelkeule so lieblich, er verstand den Siegerkranz nicht. Jedenfalls: er blieb sitzen. Da aber trat Allddeutschland in Aktion.

„Kaus da mit dem Judentum! Freiheit, Louisejunge, Sauterl, Haut ihn!“ tobte die entseßte völkische Mission. Der Amerikaner stammelte etwas, dann lag er auf der Straße.

Ja, ja, es ist etwas Seltsames um unsere kulturelle Missionierungsrbeit.

Haben Sie sich diese so vorgestellt, Herr Prof. Pfeilschifter? ...

Um das Rittergut Düppel.

Zu den Meldungen über den Ankauf des Ritterguts Düppel durch die Stadt Berlin wird amtlich mitgeteilt: Der Fideikommißbesitz Düppel des Prinzen Friedrich Leopold und die Kolonie Dreilinden wurden der Stadt Berlin auf längere Zeit in rechtsverbindlicher Form in Option gegeben. Die damit in Zusammenhang stehenden Verkaufsverhandlungen bezüglich dieses Besitzes und der Kolonie Dreilinden haben sich zurzeit leider nicht verwirklichen lassen, da der Stadt die erforderlichen Geldmittel hierzu nicht zur Verfügung stehen. Es steht zu hoffen, daß zu einem späteren Zeitpunkt der Option, wenn die Dispositionen in bemessenen Mitteln sich für die Stadt Berlin günstiger gestaltet haben sollten, sich Ankaufsverhandlungen werden einleiten lassen. Einstweilen hat die Stadt dem Prinzen bzw. dem Generalbeschlusmächtigen einen Kredit gewährt unter hypothekarischer Sicherstellung, der im Falle der Nichtausübung der Option zurückgezahlt wird, im Falle der Ausübung der Option aber als Anzahlung auf diesen Kaufpreis zur Verrechnung gelangt. Der Fideikommißbesitz Düppel und der Besitz der Kolonie Dreilinden umfassen zusammen rund 700 Hektar, wovon circa 500 Hektar Wald in bester Jährigkeit darstellen. Die Freimachung dieses Waldgrundes für die Berliner Bevölkerung erscheint dringend geboten.

Wo bleibt die Friedrich-Ebert-Straße?

Die Genehmigungen stehen noch aus.

Die städtische Tiefbaudeputation teilt zu den Meldungen, daß die Umbenennung der Sommer- und Budapest Straße durch Aenderung der Straßenbilder noch nicht durchgeführt ist, obwohl Stadterordnungsversammlung und Magistrat die Umbenennung bereits vor vielen Wochen beschlossen haben, mit, daß zur Durchführung der Umbenennung die Genehmigungen des Polizeipräsidenten und des Ministers des Innern erforderlich sind, die vor einiger Zeit nachgesucht, aber noch nicht erfolgt sind.

Das unterschöpfliche Konto.

Auf der Spur eines Berliner Scheckschwunders.

Vor einigen Tagen fuhr vor einem Lokal in Wannsee ein elegantes Auto vor, dem ein junger gut gekleideter Herr einstieg. Er mietete mehrere Zimmer und gab an, daß er der Rechtsanwalt Dr. Bruno Tischmann aus Hannover sei, der am Wannsee seine Sommerferien verleben wolle. Er sei vorausgefahren, um Quartier zu machen, seine Frau und seine Familie werde ihm nach wenigen Tagen folgen. Der Herr Rechtsanwalt erwies sich als ein vorzüglicher Gesellschafter und als ein Mann, dem anscheinend „eine Wurst zu teuer“ war. Seine gemahlte Kleidung und sein Auto stürkten denn das Vertrauen des Wirtes und der anderen Gäste so sehr, daß es Herrn Tischmann nicht schwer fiel, größte und kleinere Darlehen zu erhalten. Schließlich teilte Herr Tischmann den Hausgegnossen mit, daß er abreiten müsse. Seine vererbten Schulden bezahlte er vorher mit Schecks auf eine Filiale der südamerikanischen Bank in Berlin. Dann bestieg er sein Auto und fuhr davon. Als die Geldgeber ihre Schecks bei der Bank vorzeigten, mußten sie erfahren, daß keine Deckung dafür vorhanden war. Sehr wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, und diese stellte fest, daß der angebliche Rechtsanwalt Tischmann ein Kaufmann Wilhelm Baruch aus Berlin war, der sich bis zum Mai d. J. in einer Heilanstalt befunden und dann entlassen worden war. Baruch hatte an anderer Stelle bereits seine Namensgleichheit mit der bekannten Theaterausstellungsfirma in Berlin beanagt, um seinen Kredit zu stärken. Er hatte auch bei der südamerikanischen Bank einmal ein Konto einrichten lassen und war so in den Besitz des Scheckbuches gelangt, das er immer noch verwendete, obwohl das Konto längst erloschen war. Nach seinem Verschwinden aus Wannsee ging keine Spur verloren. Da seien aus dem Offiziersklub Wärmünde Mitteilungen über das Auftreten eines Scheckschwunders ein, der auch in einem erstklassigen Hotel abgestiegen war und sich Rechtsanwalt Horowitz genannt hatte. Die Auslieferung der Schwinddeleien geschah so sehr den Wandern des Herrn Tischmann, daß es sich zum Glück um denselben Mann handeln mußte. Als man ihn jedoch fassen wollte, war er aus Wärmünde bereits wieder abgereist mit unbekanntem Ziele. Baruch, alias Tischmann, alias Horowitz wird sicher seine Schwinddeleien so lange fortsetzen, bis er die Schecks aus dem Buche alle an den Mann gebracht hat. Das Buch enthielt Schecks mit den Nummern 8531—8550. Mitteilungen, die zur Ergreifung des Schwunders führen können, nimmt die Dienststelle B. II. 1 der Berliner Kriminalpolizei im Polizeipräsidium entgegen.

„Unser neuer Landesvater“.

Man schreibt uns: Die Badenverwaltung Deggshausen ließ am Dienstag, den 26. Mai, ein Nielsenfeuerwerk am Luchhaus abbrennen, daß den gewaltigen Beifall der Stahelheim- und Jungdoleten fand. In dem Programm dieses Feuerwerks, das sich aus vier großen Teilen zusammensetzte, sind folgende Angaben, die der gedruckten „Vortragsfolge“ entnommen sind, interessant. Im ersten Teile gab es zu Anfang eine „Blitz-Donner-Granate“, eine 70-Zentimeter-Bombe mit bunten Sternen“. Im zweiten und dritten Teil waren wiederum „Bomben mit Goldregen“, „Bomben mit Silberregen“ usw. zu sehen. Der vierte Teil brachte dann das „große Lichtergemälde: Unser neuer Landesvater“. Wirklich heißt es im Programm: „Dieses wird mit Raketen, Bomben, Leuchtkeulen und Blitzschwärmen überschossen (siehe Reueilt von etwa 700 Lichtern). Nach dem großen Lichtergemälde „Unser neuer Landesvater“ gab es dann noch eine große „Kreuzfeuerfront mit Schlussschmetter“, einen „Brilliantwasserfall mit Gewehrfener“ und eine „Schlußbombe mit Schrapnellkugeln“. Der „neue Landesvater“ wurde also mit Bomben, mit Schmetter und Schrapnellkugeln

genügend eingebüßt. „Heil Hindenburg“ werden die Stahlhelmer vor Freude getobt haben und die Gichtkranken von Dornhausen werden wie durch ein Wunder nach diesem grandiosen Feuerwerk von ihren Krankenstühlen ekstatisch und verjüngt aufgesprungen sein.

Mißhandlungsprozess gegen Schupo-beamte Jüdische Frontsoldaten im Scheunenviertelkrawall.

Der Scheunenviertelkrawall vom November 1923, bei dem Eigentum und Gesundheit jüdischer Bewohner des Scheunenviertels aufs ärgste bedroht und in vielen Fällen schwer geschädigt wurde, steht im Mittelpunkt eines Mißhandlungsprozesses, der gegen fünf Schupo-Polizeibeamte vor dem Landgericht I Berlin, in der Berufungsinstanz verhandelt wird. Oberwachmeister Marzinkewitz, Oberwachmeister Domei, Unterwachmeister Bunte, Oberwachmeister Schreiber, Hauptmann Dubbe sind angeklagt teils der Mißhandlung, teils der Befeldigung von Mitgliedern des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten, die damals den bedrängten Juden zu Hilfe geeilt waren, von der im Scheunenviertel zusammengekrönten Menge angegriffen wurden und dann nach einem Zusammenstoß, bei dem ein Passant getötet wurde, das Schicksal erlitten, von der Polizei in „Schuhhaft“ genommen zu werden. Auf dem Transport zur Polizeistation in der Alexanderstraße und auf dem Polizeifahrergrundstück wurden, wie die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage ausführt, verschiedene der Festgenommenen gemein beschimpft und in rohester Weise mißhandelt.

Das Schöffengericht kam im August 1924 nach eingehender Verhandlung zur Freisprechung von Dubbe und Marzinkewitz, dagegen zur Verurteilung Domeis wegen fortgesetzter Befeldigung zu 200 M. Geldstrafe, Bunkes wegen fortgesetzter Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Amtsfähigkeit auf 3 Jahre. Im Dezember 1924 wurde dann noch Schreiber vom Schöffengericht wegen Mißhandlung zu 6 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Amtsfähigkeit auf 3 Jahre verurteilt. Wegen diese Urteile legten fast alle Beteiligten Berufung ein, die verurteilten Angeklagten, die über die Würde der Richter erteilte Staatsanwaltschaft und drei Befeldigte und Mißhandelte, die als Nebenkläger zugelassen waren. Der Prozess vor der

Berufungsinstanz

begann am Donnerstag mit einer neunundneunzigstündigen Sitzung, in der die Beweisaufnahme in allem Wesentlichen das selbe Bild wie die Verhandlung vor dem Schöffengericht ergab. Nicht nur die Festgenommenen selber bekundeten argste Beschimpfungen und schonungslose Ausleitung von Fausthieben, Kolbenstößen und Fußtritten, sondern auch Unbeteiligte, die sich als Zeugen angeboten hatten und im Polizeilokale mit nach der Kaserne gefahren waren, machten vor Gericht ähnliche Aussagen.

Dr. Bernhardt, der Führer jenes Frontsoldatentrupps, hat von einem Hieb auf die Hand, der hinterwärts gegen ihn geführt wurde, einen Fingerbruch erlitten. Auf dem Kasernehof wurden die Festgenommenen von Beamten empfangen mit Rufen, wie: „Aufhängen müßte man die Judenbände, an die Wand stellen!“ und besonders gegen Hauptmann Dubbe wurde ein derartiger Vorwurf erhoben. Im Backstall rief ein Beamter einem der Juden das Band des Eisernen Kreuzes aus dem Knopfloch und sagte: „Juden brauchen das E. K. nicht zu tragen.“ Ein anderer Beamter, der unermittelt geblieben, nahm einem der Festgenommenen sein Geld und nachher auch noch seine Uhr ab, und der Eigentümer hat nie etwas davon wiedergesehen. Alle Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegten Straftaten. Andere Beamte, die von der Verteidigung als Zeugen geladen waren, erklärten, von den behaupteten Schimpereien und Mißhandlungen nichts gehört und gesehen zu haben. Bei der Vernehmung eines Polizeimajors Rank kam es zu einem eigenartigen Zwischenfall. Ihn wurde vorgehalten, daß er, auf dem Gerichtskorridor wariend, das Ehrhardt-Lied gepfiffen hatte. Er mußte das zugeben, versicherte aber, er habe es „nur leise vor sich her gepfiffen“.

Die Verhandlung wird am Sonnabend fortgesetzt.

Hunde gegen Mieteinigungsamt.

Der eigenartige Fall, daß ein Gerichtsvorstand der anderen Termin nicht abholten konnte, weil ihm der Eintritt in das zur Terminabhaltung bestimmte Gebäude nicht gestattet wurde, war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Potsdamer Amtsgericht. Der Vorsitzende des Potsdamer Mieteinigungsamtes hatte am 2. Februar d. J. aus Zweckmäßigkeitsgründen die Sitzung des Mieteinigungsamtes in Richendorf anberaumt, um dort das Streitobjekt, in diesem Falle eine Wohnung im Hause der Bandwirtin und Hausbesitzerin Frieside, in Augenschein nehmen zu können. Frau F. führte seit Jahren wegen dieser Wohnung mit der Gemeinde einen erbitterten Streit. Zur festgesetzten Terminsitzung standen Vorsitzender und Beisitzende vor dem Hause der Frau F. Das Gericht fand Haus und Hof verschlossen. Auf wiederholtes Klopfen öffnete sich oben ein Fenster. Der Vorsitzende eruchte, zwecks Inaugenscheinnahme das Gehöft zu öffnen. Statt dessen

ergoß sich eine Flut von Schimpfworten auf die Herren und das Fenster flog zu. Nun ließ der Vorsitzende einen Oberlandjäger und Schlosser kommen. Aber als diese in Sicht waren, wurden von dem Sohn der Frau F. sämtliche Türschlößer von innen mit Riegeln gefüllt. „Mit Ihnen rede ich bloß auf dem Landgericht“, schrie Frau F. Als das Gericht sich entschloß, mit Gewalt auf das Gehöft zu kommen, befahl Frau F. ihrem Sohn, die Hofhunde loszumachen. Diesem wollten sich die Herren denn doch nicht aussetzen und unverrichteter Sache mußte das Gericht abziehen. Frau F. und ihr Sohn standen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor dem Potsdamer Amtsgericht. Der Amtsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten drei Monate Gefängnis. Demgegenüber führte der Verteidiger aber aus, daß ein Vorsitzender eines Zivilgerichts nicht dazu berechtigt gewesen sei, eine Inaugenscheinnahme zu erzwingen. Denn in der Terminsitzung sei nur von einem Verhandlungstermin die Rede gewesen. Auch zur Herbeiführung eines Landjägers sei der Vorsitzende eines Zivilgerichts nicht berechtigt. Er beantragte daher aus Rechtsgründen, die Angeklagte freizusprechen. Die Rechtsfragen in diesem Prozess stellten sich aber als so verwickelt heraus, daß die Urteilsverkündung erst in acht Tagen stattfinden kann.

„Ausländern verboten!“

Zusammenstoß bei einer Kommunistenversammlung.

In einer von den Kommunisten zu gestern Abend in das Dorothienstädtische Gymnasium einberufenen Studentenversammlung, die sich mit dem chinesischen Aufstand beschäftigte, und in der der kommunistische Reichstagsabgeordnete Stöcker und der Schriftsteller Wittfogel sprachen, kam es zu erheblichen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei hatte Anweisung erhalten, ausländischen Studenten den Zutritt zu der Versammlung zu verwehren. Es waren nun chinesische Studenten in großer Anzahl erschienen, die sich Einlaß zu verschaffen suchten. Die Polizei schritt ein und nahm eine größere Anzahl von Verhaftungen vor. Nach Schluß der Versammlung, die einigermaßen stürmisch verlief, kam es zu erneuten Zusammenstößen. Es sollen insgesamt 35 Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Warum den Ausländern der Zutritt verboten war, ist unverständlich. Und hätte man ihnen nicht den Zutritt verboten, so hätte man auch keinen verhaften müssen. Und hätte man keinen verhaftet, so wäre uns ein Zwischenfall erspart geblieben, der nicht geeignet ist, unsere Beliebtheit im Ausland zu fördern.

Polizeipräsident Erziesinski war gestern auf einer Dienstreise. Er hat heute nach seiner Rückkehr die sofortige Freilassung der Verhafteten verfügt.

Im Morphiumrausch!

Die Taschendiebin.

Im Rausch geschehen oft die seltsamsten Dinge! Dann nehmen die Gefühle ihren Lauf, toll, bunt durcheinander, hemmungslos! Alle Bedenken verschwinden, ein Rat ist plötzlich erwacht, verleiht Kraft und Entschlossenheit, wird zu einem willensvollen Willen! Und wenn das Leben Einsicht und Ueberlegung verlagert, der Schliefl nur zu gern einen Pakt mit dem mächtigen Dämon — Rausch! Gertrud H. ist so ein Mensch. Das Leben in ruhigen Bahnen hat keinen Wert für sie! Die Kraft zur Arbeit bringt sie nicht auf, den Rat zum Abenteuern sucht sie — im Rausch. Sie wird Morphiumistin! Schade um sie!

Auf der Anklagebank steht ein noch junges, nettes Mädchen! Mittelgroß, von schlanker Figur mit wohlfrisiertem brünetten Haaren! Nur das blaße Gesicht, der unstete Blick mit den starren, träumenden Augen verraten das Lafter des Morphiums! Auch für ein Kind hat diese Frau zu sorgen! Und nun ist es eben das Kind und die Not der Zeit, die alles Liebrige tun, um dieses Menschenkindsal zu besorgen. Gertrud H. wurde Taschendiebin! Die Bahnhofe der Untergrundbahn sind ihr Arbeitsfeld. Wo das Gedränge am stärksten, da stellt sie sich ein und macht ganze Arbeit in fremder Leute Taschen. Das Gericht hat sie dafür schon oft ins Gefängnis geschickt, es half aber nichts! Heute wird die H. aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die letzte Strafe von 9 Monaten Gefängnis erschien der Angeklagten zu hoch, dem Staatsanwalt will nichts mehr von Würde wissen. Für ihn ist die Angeklagte eine ganz raffinierte Taschendiebin, vor der man die Allgemeinheit schützen müsse, 1 Jahr, 6 Monate Zuchthaus hält er für angemessen. In starrem Erschrecken richten sich die hilflosen Augen des jungen Mädchens auf den Vertreter der Anklage, dann wenden sie sich halb verständnislos, halb hilfesuchend zum Richter! Man wird irre an diesem Menschen! Steht hier wirklich eine ausgefeimte Verbrecherin?! Oder hat das furchtbare Lafter des Morphiums dieses Opfer reitungslos in seinen Klauen?! — Das Gericht läßt doch noch einmal Würde walten! Es verwirft zwar die Berufung, befiehlt es aber bei der ersten Strafe von

9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft! Außerdem wird der Haftbefehl aufgehoben. Gertrud H. darf zurückkehren — in die Freiheit oder in die Arme des Dämons Rausch! Wen wird es kümmern? Wenn sie aber dann wieder gesundigt hat, wird man sich wieder um sie „kümmern“!

Für 9,60 M. hin und zurück nach dem Saale!

Auf den am Sonntag, den 21. Juni, von Berlin, Anhalter Bahnhof, ab 6.30 vorm. nach Bad Kösen und zurück verkehrenden Verwaltungsfonduszug 4. Klasse macht die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbund nochmals besonders aufmerksam. Bei dem billigen Preise von 9,60 M. für Hin- und Rückfahrt bietet er eine günstige Gelegenheit zum Besuche des bekannten Bäderortes und des Saaleales mit seinen landschaftlichen und historischen Sehenswürdigkeiten. Da für sachkundige Führung nach der Rubelsburg und nach Saale, für den Besuch der Wilhelmsburg, des Grabberwerks, der Buchenhölle usw. sowie für Mittagessen zu ermäßigten Preisen in allen Gasthäusern vorgesorgt ist, kann jeder in bequemster Weise sich der Schönheiten erfreuen. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß bei der Fahrkartenausgabe auf dem Anhalter Bahnhof sowie bei den Reise- und Verkehrsvereinen die Fahrteilnehmer und sonstigen Interessenten kostenlos ausführliche Prospekte über Bad Kösen erhalten können, die ihnen Ausflüge und Besichtigungen nach eigener Wahl gestatten.

Meißener Porzellan contra Uboog. Heute morgen gegen 5 1/2 Uhr kam es am Potsdamer Platz zu einer längeren Verkehrsstörung. Ein Lastwagen mit Anhänger, aus Meissen kommend, schwer mit Porzellan beladen, fuhr mit ziemlicher Wucht gegen die Seite eines haltenden Uboog-Wagens der Linie 29. Die Holzverkleidung wurde beschädigt, ebenso gingen mehrere Scheiben in Trümmer. Glücklicherweise kamen Personen nicht zu Schaden, obgleich der Omnibus stark besetzt war. Einige Frauen fielen in Ohnmacht. Die Schuld trifft den Führer des Lastwagens, der offenbar mit den Berliner Verhältnissen nicht vertraut war und trotz der polizeilichen Haltesignale unbekümmert seine Fahrt fortsetzen wollte.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Kreis. Konsum. Die Kreisdelegiertenversammlung findet nicht im Jugendheim, sondern im Rathaus Parkweg statt.
2. Wkt. Sonnabend, pünktlich 4 Uhr, Flugblätterverteilung von Ohlgenow, Kommandantenstraße 88 aus.
3. Wkt. Heute, Freitag, 6 Uhr, Flugblätterverteilung von den bekannten Adressen aus.

Sport.

Linart gewinnt im Stadion-Rekord-Preis.

Schwach nur war die Berliner Sportgemeinde am gestrigen Tage im Stadion vertreten. Das kühle und unfreundliche Wetter war nicht dazu angetan, Massenbesuch der Brunenwaß-Radrennbahn zuzuführen. Die Rennen, die ursprünglich am 14. Juni zum Austrag gelangen sollten, aber unverständlicherweise abgesetzt und auf Donnerstagabend verlegt wurden, konnten auch gestern wegen einsetzender Dunkelheit nicht beendet werden. Das Hauptrennen des Tages, das Steherderby, wird erst heute abend 7 Uhr ausgetragen. Der Stadion-Rekordpreis über 30 Kilometer brachte einen fliegenden Start mit folgendem Ergebnis: Linart, Lewanow, Samall, Weiß, Seres, Kojellen, Wittig und Womann. Linart zeigte von Beginn an eine prächtige Fahrweise und hielt bis zum Schluß des Rennens nicht nur die Spitze, sondern überrundete seine Gegner bis auf Samall, der seinen zweiten Platz 400 Meter hinter Linart zu halten wußte. Fliegerrennen füllen das Programm weiter aus.

Die Ergebnisse:

- Stadion-Rekord-Preis, 30 Km.: 1. Linart 25 Min. 59,3 Sek. 2. Samall 400 Mtr., 3. Kojellen 760 Mtr., 4. Wittig 1900 Mtr., 5. Begmann 2380 Mtr., 6. Seres 3100 Mtr., 7. Weiß 3750 Mtr., 8. Lewanow 5600 Mtr. zurück.
- Prämienfahren, 10 Runden, 1. Bahn 10 Min. 10,2 Sek. 2. Krüger, 3. Dobe, 4. K. Reiner, 5. Rinsinger.
- Borgabefahren, 2000 Mtr.: 1. Rütt (9), 2. Schmidt (9) 5 1/2, 3. Dobe (6) 1/2, 4. Meyer (10), 5. Schulz (30 Mtr. Borgabe).
- Radsport für Amateure 1000 Mtr. (4 Vorläufe, 1 Endlauf): 1. Balke (BRG 89), 2. Lemle (Germ.-CL), 3. Jantsch (Concordia), 4. Engelmann (BRG 89).
- Punktfahren für Amateure des B.D.R., 10 Runden. 1. Schuffenhauer (Concordia) 26 P., 2. Puid (Argo) 22 P., 3. Schulz (Santler-Charlottenburg) 13 P., 4. Berl (Sport 89) 12 P.
- Auscheidungsfahren für Berufsfahrer. 1. Hoffmann, 2. Weber, 3. K. Krüger, 4. Rühl.

Berichterstatter: Herr Wolff; Bilder: Schöff; Wirtshoff; Arthur Gatenau; Gemeindefortschritt; J. Geiner; Feinleitung: Dr. John Schickel; Redakteur und Geschäftsführer: Fritz Rühl; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Einar u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 1, Stern 1 Berlin.

90 TAGE 90

Einige Beispiele aus der Fülle unserer heutigen großen Verkaufs-Veranstaltung:

- 1 m Etamine 90 Pl. kar., volle Br. Mtr.
- 1 m Voll-Voile 1.90 voll ca. 115 cm breit, Mtr.
- 1 m Tricotseide 2.90 m
- 1 m Eolienne 3.90 100 cm breit
- 1 Crêpe-de-Chine-Bluse 5.90 Mengenabgabe vorbehalten!

- 1 m Kostümstoff 90 Pl.
- 1 m Seidenbatist farbig 90 Pl.
- 1 m Schürzenstoff 90 Pl.
- 4 Wischtücher 90 Pl.
- 1 Damenhemd mit Lang. 90 Pl.
- 1 Untertaille m. Hohlraum 90 Pl.
- 1 Korsettschoner 90 Pl.
- Jumper wollf. farb. Paap. 90 Pl.
- 1 Kinderschlüpfer farbig 90 Pl.
- 3 Paar Damenstrümpfe 90 Pl.
- 1 Einkaufsbeutel 90 Pl.
- 2 steife Bübikragen 90 Pl.
- 1 Wachstuchdecke 90 Pl.
- 1 Paar Scheibengardin. 90 Pl.
- 1 Sportvorhemd m. Kraw. 90 Pl.

- 1 m reinwoll. Cheviot 1.90
- 3 m Hemdenflanell 1.90
- 1 m reinseid. Messaline 1.90
- 1 Kostümrock 1.90
- 1 Spielhöschen 1.90
- 1 Seidentrikot-Schlüpfer 1.90
- 1 Dam.-Belinkleid m. Stück. 1.90
- 1 m Haustuch 140 cm br. 1.90
- 1 Opal-Weste mit Plissee 1.90
- 1 P. Seidenflorstrümpfe 1.90
- 1 Herren-Binder 1.90
- 1 m Gardinen-Mull 120 cm br. 1.90
- 1 m Madrasstoff 120 cm 1.90
- 1 Rips-Mitteldecke 1.90
- 1 Strumpfhaltgürtel 1.90

- 1 m Kostüm-Cheviot 130cm 2.90
- 1 m reinw. Popeline 2.90
- 1 m reinw. Musseline bodr. 2.90
- 1 Kunstseiden-Kasack 2.90
- 1 Waschmusselin-Kleid 2.90
- 1 Damasttisch Tuch 2.90
- 1 Nesselbettdecken 2.90
- 1 Engl. Tüllgarn. Steilig. 2.90
- 1 Etamine-Halbstore m. Vol. 2.90
- 1 Kissengarnitur t. Kubassi 2.90
- 1 Prinzbrock m. Hohlraum 2.90
- 1 Damenaaschthd. m. Hohl. 2.90
- 1 Tricot-Einsatzhemd 2.90
- 1 Christallin-Shawl farbig 2.90
- 2 Kleiderbügel behältl. 2.90

- 1 m Wollcrêpe farbig 3.90
- 1 m Donegal 140 cm breit 3.90
- 1 m Weiß-Wollserge 3.90
- 1 m Helvetiaselde Appl. 3.90
- 1 m Weiß-Cheviot 3.90
- 1 Zephir-Oberhemd 3.90
- 1 Bettvorleger 3.90
- 1 Eng. Tüllbtt. 1-bettig 3.90
- 1 m Linoleum-Läuf. 100cm 3.90
- 1 Küchengarnit. 3-teilig mit Stükgarn 3.90
- 1 Mako-Schlüpfer m. Vol. 3.90
- 1 Kostüm-Rock aus reinw. Cheviot 3.90
- 1 Frottérock mod. Strußen 3.90
- 1 Unterrock a. gemust. Satin 3.90
- 1 Bluse aus Voll-Voile 3.90

- 1 m reinw. Gabardine 130cm 5.90
- 1 m Crêpe de Chine 100 cm 5.90
- 1 m Waschseide gestreift 5.90
- 1 Kunstseiden-Kasack m. lang. Arm 5.90
- 1 Frotté-Kleid 5.90
- 1 Kunstseid. Tricot-Kleid 5.90
- 1 Plissé-Rock 5.90
- 1 Wäschegarnitur 2-teilig m. Stükgarn 5.90
- 1 Knaben-Anzug 5.90
- 1 Herr. Untergarnit. farbig 5.90
- 1 Boude-Läufer 67cm breit 5.90
- 1 m Madrasstoff 130 cm 5.90
- 1 Bettvorleger Tapetier. 5.90
- 1 Madrasgarnitur 3-teilig 5.90
- 1 Kinderwagen-Steppd. 5.90 doppelteilig Satin, Handarbeit

- 6 Taschenluch. 90 Pl.
- 1 Mtr. Frottéstoff dopp. 1.90
- 1 Bein-Messing-Garn. 2.90
- 1 Herren-Filzhut 3.90



- Voll-Voile-Kleider 19.90, 12.90 7.90
- Covercoat-Mantel 16.90, 9.90 5.90
- Tuch-Mantel 24.90, 19.90 13.90
- Kunstseid. Unterkleider 5.90, 4.90 3.90

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

Der Kampf der Holzarbeiter geht unverändert weiter. Eine Erhöhung der Zahl der Aussperrten ist bisher nicht eingetreten.

Die 'Rote Fahne' fühlt sich gemüht, als dummer August die traurig gestimmten Unternehmer zum Lachen zu bringen.

Schiedspruch für Rheinland-Westfalen.

Dortmund, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich wurde gestern für Rheinland-Westfalen ein Schiedspruch gefällt.

Zementindustrie und Wohnungsnot.

Werkstilllegungen und Arbeiterentlassungen in Westfalen.

Münster i. W., 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der ausgedehnten Zementindustrie des Münsterlandes droht es zu schweren Krisen zu kommen.

Ist Hunderten von Arbeitern gekündigt worden. Mehrere Werke ruhen. Die Entlassenen werden der Arbeitslosigkeit zur Last fallen.

Lohnbewegung im Berliner Großhandel.

Die Funktionäre der dem Arbeitgeberverband des Berliner Großhandels angeschlossenen Branchen, nahmen am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus Stellung zum Verlauf und weiteren Verlauf der Lohnbewegung.

Die Verammlung brachte zum Ausdruck, daß es bei den gerade in letzter Zeit erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten unmöglich sei, mit den von den Arbeitgebern gezahlten Löhnen auszukommen.

Die am 18. Juni 1925, im Gewerkschaftshaus, Engelshof, tagende allgemeine Funktionärerversammlung des Berliner Großhandels beauftragt den Sektionsleiter Wolter des deutschen Verkehrsverbundes, umgehend Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Berliner Großhandels anzuflehen.

Eine Lumperei.

Das Blatt, das unter der Maske der Einheitsfront berufsmäßig die Spaltung und Verhöhnung der Arbeiterschaft untereinander betreibt, hatte eine Notiz veröffentlicht, wonach Genosse Imhof, Vorsitzender des Betriebsrats der Reichsdruckerei und Kandidat zum Vorstandstag der Buchbinder, sich in der Reichsdruckerei unterschrieben verpflichtet habe.

Ran konnte annehmen, daß der Gewerkschaftsredakteur der 'Roten Fahne' von den Moskauer Kandidaten hineingelegt worden ist, um so mehr, als er den Vorgängen in der Gewerkschaftsbewegung offenbar fernsteht.

Es ist unklar, daß ich unterschrieben verpflichtet habe, keinerlei Gewerkschaftsarbeit mehr zu leisten.

Statt diese Berichtigung insbesondere in ihren sachlichen Angaben zu veröffentlichen, bringt das Blatt der 'Einheitsfront' nur den ersten Satz und knüpft daran einen Dreckschwanz.

Diese Lumperei ist kennzeichnend für das moskowitzische Schmutzblatt. Im übrigen: Wenn die kommunistische Sonderorganisation der Buchbinder alle Mitglieder ausschließen wollte, die einmal Streikbruch verübt haben, würden kaum so viel übrig bleiben, um eine Ortsverwaltung zu bilden.

Unzulässigkeit der Lohnaufrechnung durch den Arbeitgeber.

Ein Chauffeur der Meierei C. Bolle, Berlin, wurde von dieser freistlos gekündigt, weil er nach gerichtlicher Feststellung im trunkenen Zustand ein Auto der Firma durch Anfahren gegen eine Mauer beschädigt hatte.

Das Urteil des Landgerichts I Berlin, Zivilkammer 8, das dem Anspruch des Klägers auf Urlaubsabgeltung gleichfalls stattgab, wies das von der Firma unter Berufung auf die dahingehende Vereinbarung in der Arbeitsordnung geltend gemachte Recht der Aufrechnung bzw. Zurückbehaltung mit nachstehender Begründung ab:

Die von der Beklagten erklärte Aufrechnung gegenüber dem Abgeltungsanspruch mit dem ihr aus dem Anfahren entstandenen Schaden ist nach § 314 BGB. in Verbindung mit der VO. über Lohnpändung unzulässig.



8 Treffer: Donauschloß 50 J, Verweser 40, Denkmünze 30, Paladin 30, Feenprinz 25, Juhistern 25, Gestüt Graditz 20, Juhitrumph 15. Schätlich in besseren Zigaretengeschäften!

BETTWÄSCHE. Nur bestbewährte Qualitätsware zu besonders billigen Preisen! Bettbezug aus starkfläd. Kretonne 4.50, Bettbezug aus gutem Renforcé 5.75, Bettbezug aus dichtem Linon 6.55, Bettlaken aus gutem Hemdentuch 2.95, Bettlaken aus schwerem Dowlas 3.95, Tischtuch aus bestem Leinen-Damast 4.95, Hemdentuch, starkflädig 63 Pf., Handtuchstoff, pa. Dreil 48 Pf. WILLY SCHOTT Bettwäschefabrik Warschauer Straße 5

Fritz Reimann. Knechtsteden, Kaiserstraße 53. Die billigste Bezugsquelle für Zahn- und Mundpflege. 2. Geschäft: Anzengruber-Strasse 27

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung. restattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echre Goldkronen v. 5 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 1 G.-M. an. Zahnz. mit Belaub 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert. Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-Vorzeiger 10% Rabatt. Erholungsheim Lufkureort Eberswalde, Postf. 54, direkt am Walde in wunderb. Lage. Preis pro Bett 3 M.

Zähne. Ischias. In 20% Geißel und Seil, was sonst, teigebest. In 21 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Unentbehrlich für den Arzt. Spezialambulanz 136, 1-11, 1-4, Sonntag 10-12, Jambly.

Sonnenbrand Hautsdiäden. verbütet unser Zeozon-Creme. Giltz Anerkennung von erat. ärztl. Autorität. Ueberall erhältlich. Kopp & Joseph Berlin

1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an. Persönliche fachmännische Behandlung. Wöchentliche Teilzahlung gestattet. B. Wolff, Charlottenburg, Nahe Wilhelmplatz, Berliner Straße 110.

Der gute Kapitän-Kanabak. C. Röcker, Berlin. Lichtenberger Straße 72, Kgst. 3601

Eleganz und Augenläser. Es wird behauptet, daß sich beides el. hi. miteinander verträgt. Das stimmt nicht! Warme Frauen Sie sich ihrer Brillen Welt. sie ihnen gutanpaßt wurde, weil sie ihnen gut steht. Wenn die Glasform oder Fassung zu irgendwelchen Kleidungsstücken nicht mehr passen, wird ein Augenpaar immer vorzuziehen sein. Nur so läßt sich der persönliche Eindruck haben. Die Arbeitbrille gehört nicht in den Salon, der randlose Knicker nicht zum Sport. Wie oft können Sie Ihre Kleidung wechseln? Wie oft Ihre Augenläser? Max Trusch. Spezialoptiker. Berlin SO 26, Dresdener Str. 131 (Kottbuser Tor)

HUNDE. Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt. Tierärztliche Poliklinik Chausseestraße 93 neben Kriegervorcinhaus Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr. Möbel. Wähle für die Sebenschnit Möbel nur von Neugebauer. Berl. Charlottenburg Wilmersdorfer Str. 128 Eingang Südfenster 2. Etage über Keller

Noch jetzt ist es Zeit! Sommer- und Gummimäntel einzukaufen. Wir waren gezwungen, da noch ein allzu großes Lager vorhanden, die Preise bedeutend herabzusetzen! Nach dem amerikanischen System kaufen Sie auch so, bei Bezahlung innerhalb 6 Wochen, mindestens so billig wie anderwärts bei sofortiger Kasse. Das amerikanische System ist eine Wohltat, behaupten Tausende von Kunden! Sie bekommen bei uns einen Wollen, gestreift, Herren-Homespun-Anzug für 33.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 3.- ab. Wollen, Nadelstreifen-Herren-Anzug für 40.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 5.- ab. Haltbaren Herren-Gabardine-Anzug für 52.- zahlen Mk. 12.- an und jede Woche Mk. 5.- ab. Gabardine-Herren-Anzug für 78.- zahlen Mk. 15.- an und jede Woche Mk. 10.- ab. Herren-Homespun-Mantel für 28.- zahlen Mk. 8.- an und jede Woche Mk. 3.- ab. Gabardine-Herren-Mantel für 40.- zahlen Mk. 10.- an und jede Woche Mk. 5.- ab. Bei sofortiger Bezahlung noch billiger! Maßanfertigung zu den gleichen Bedingungen. Schon bei Anzahlung kann Ware sofort mitgenommen werden. (Bei genügendem Ausweis.) Bei Bezahlung innerhalb 4 Monaten werden die 20 Prozent Rabatt nicht abgezogen! Bekleidungshaus G.m.b.H. nach amerikanischem System Kottbuser Damm 28 Reinickendorfer Str. 70. Um Verwechslungen zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere Hausnummer! Beim Einkauf von über Mk. 20.- wird dieses Inserat mit Mk. 1.- in Zahlung genommen.

Porzellan, Glas, Wirtschaftsgüter

zu besonders billigen Preisen

Glas
 Butterglocken gepresst 28 Pf.
 Käseglocken gepresst 70 Pf.
 Kompotteller gepresst 8 Pf.
 Milchsatten 10 Pf.
 Weissbieregläser klein 60 Pf. gross 1⁰⁰
 Bierbecher geschliffen 28 Pf.

Römer auf grünem Fuss 45 Pf.
Sportilkörgl. a. hob. Fuss 38 Pf.

Holzwaren
 Kammkasten Holz 25 Pf.
 Konsolen für Sand, Seife, Soda 85 Pf.
 Wäschetrockner 1⁷⁰

Spülwannen Emaille 95 Pf. 1⁷⁵
Wassereimer Emaille 95 Pf. 1⁶⁵

Weisses Porzellan
 Speiseteller tief oder flach 45 Pf.
 Abendbrotteller 15 Pf.
 Terrinen 2⁰⁰
 Kartoffelschüsseln 1⁵⁰
 Salattieren weiss, rund 25, 35 bis 85 Pf.

Emaille
 Kaffeekannen 45, 80, 95 Pf.
 Milchkannen m. Bügel 75, 90 Pf. 1⁰⁵
 Kasserollen mit Ring 95 Pf. 1²⁰
 Suppenterrinen mit Deckel 1⁵⁵ 1⁷⁰

Gasplatten vernickelt, Garnitur: 2 Eisen mit Erhitzer 7⁵⁰

Tassen mit Untertassen ... 8 Pf.
Zuckerboxen mit Deckel 15 Pf.
Tassen mit Untertassen, bunt 30 Pf.
Tassen mit Untertassen, Goldrand 35 Pf.

Aluminium
 Teesiebe mit Stiel 18, 30 Pf.
 Eierschneider lang und quer 48 Pf.
 Kinder-Trinkbecher mit Gussgriff 40 Pf.
 Stullenbüchsen oval 95 Pf. 1²⁵ 1⁶⁵

Eisschränke n. l. e. l. 42⁵⁰ 59⁰⁰ 95⁰⁰

Buntes Porzellan
 Kaffeesevice 5 teilig 2⁷⁵
 Speiseteller mit Goldrand 60 Pf.
 Abendbrotteller Goldrand 45 Pf.
 Kaffeekannen Goldrand, 6 Pers. 1²⁵
 Milchtöpfe 1 Liter 55 Pf., 1 1/2 Ltr. 70 Pf.

Blechwaren
 Draht-Speiseglocke 40, 50, 60 Pf.
 Giesskannen lackiert 95 Pf. 1²⁵
 Springformen 75 Pf. 1²⁵
 Spirituskocher 45, 60 Pf.

Gasplatten vernickelt, Garnitur: 2 Eisen mit Erhitzer 7⁵⁰

Steingut
 Waschservice bunt, 6 teilig 4⁷⁵ 5⁷⁵
 Waschbecken creme 95 Pf.
 Waschbecken bunt 1⁴⁵ 2²⁵
 Kinder-Service 4 teilig 75 Pf.
 Schokoladenkannen n. m. m. 75 Pf.
 Satz Näpfe weiss, 6 teilig 95 Pf.

Näpfe bunt 8, 15, 18 Pf.
Näpfe weiss 5, 10, 15 Pf.

Borstenwaren
 Rosshaar-Handfeger 95 Pf.
 Kokos-Kleiderbürsten 28 Pf.
 Kleiderbürste mit Brot 95 Pf.

Esslöffel Alu-minium 10, 15 Pf.
Teelöffel Aluminium 6, 8 Pf.

Strümpfwaren
 Damen-Strümpfe Bwl. schwarz und farbig 95 Pf.
 Damen-Strümpfe Kunstseide, ohne Naht, farbig 1⁷⁵
 Damen-Strümpfe Seidenfaser, in mod. Farben 1⁹⁵
 Herren-Socken schwarz und farbig 48 Pf.
 Herren-Schweißrocken grau mol. 95 Pf.
 Herren-Socken Jacquardmuster, kariert 1⁴⁵

Kinder-Strümpfe
 Grösse 1-3 58, 4-6 68, 7-9 78, 10 95 Pf.

Reiseartikel

Coupekoffer braun, genarbte Hartplatte, 55 cm 4⁹⁰ 60 cm 5⁹⁰ 65 cm 6⁹⁰ 70 cm 7⁹⁰
Coupekoffer 50 cm 7⁷⁵ 55 cm 8⁷⁵ 60 cm 9⁷⁵ 65 cm 10⁷⁵ 70 cm 11⁷⁵ 75 cm 12⁷⁵
 aus starker Florida-Hartplatte
Bahnkoffer mit Holzbügeln und Beschlägen, 2 festen Schlössern und Hinnsatz 29⁰⁰ 32⁰⁰ 35⁰⁰ 38⁰⁰
Einrichtungskoffer mit guten Toilettegegenständen, 2 verschliessbaren Sprungschlössern u. starkem Griff, 95 cm 19⁵⁰
Reiseneccessaires kompl. gefüllt mit Spiegel, gutem Kamm, Bürste, Seife u. Zahnpulverdosen, aus schwarzem oder braunem Leder 6⁵⁰
Reisetaschen mit Aufspannbügel, aus starkem grünen Segeltuch oder braunem Kunstleder 11⁵⁰ 12⁵⁰ 13⁵⁰ 15⁰⁰

Tricotagen
 Damen-Hemdchen Bwl. weiss, ohne Arm 48 Pf.
 Damen-Schlüpfer Baumwolle, farbig 1⁴⁵
 Herren-Hemden gebleicht, mit farb. Hinnsatz 2⁷⁵
 Herren-Garnituren Jacke u. Bein-kleid 4⁹⁰
 Herren-Netzjacken halboffen 1¹⁵
 Jede weitere Grösse 15 Pfennig mehr

Sonderangebot
Bettdecke 3 teilig, volle Grösse 9⁷⁵

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

95 TAGE

Textilien und sämtliche Bedarfs-Artikel sind weiter in diesen Verkauf einbezogen

Enorm billige Lebensmittel

in den 95-Pfennig-Gruppen.

PF.
Konserven
 1 kg-Dos. jung. Brechbohnen 95 Pf.
 1 kg-Dose Karotten 95 Pf.
 1 kg-Dos. gem. Gemüse 95 Pf.
 1 kg-Dos. Rotkohl 95 Pf.
 1 kg-Dose Erbsen 95 Pf.
 4-Pfd.-Dose Wirsingkohl 95 Pf.
 1 kg-Dos. Tomatenpüree 95 Pf.
 1 kg-Dose gem. Gemüse 95 Pf.
 4 Dosen Milch 95 Pf.
Fleisch-Konserven
 3 1 kg-Dos. Haschee 95 Pf.
 5 Dosen Leberpastete 95 Pf.
 7 Dosen Bohnen m. Speck 95 Pf.
 1 Dose Corned Beef 95 Pf.
 3 Dosen Bohnen m. Speck 95 Pf.
 1 Glas russ. Sardinen 95 Pf.
 1 Glas Sardellen 95 Pf.
 2 Dos. Sardinen in weiss. Olivenöl 95 Pf.
Konfitüren
 1 Pfd. Bendsorp-Kakao 95 Pf.
 1/2 Pfd. Block-Schokolade 95 Pf.
 Gar. reine Sahn-Schok. Blocknote 1/2 Pfund 95 Pf.
 5 Pak. 1 1/2 Pfd. Gazell.-Kakao 95 Pf.
 1 Pfund Block-Schokolade 95 Pf.

Kolonialwaren
 1 Pfd. Würfelzucker 95 Pf.
 1 Paket Kakao 95 Pf.
 1 Pfd. Kaffeemischung 10% 95 Pf.
 1 Pak. Quäker-Haterrflock 95 Pf.
 2 Pfd. Auszugmehl 95 Pf.
 1 Pfd.-Paket Mondamin 95 Pf.
 1 Pfd. Tafelreis 95 Pf.
 1 Pfd. Hartgriess 95 Pf.
 1/2 Pfd. Kaffeemischung 20% 95 Pf.
 2 Pfd. Pflaumenkonfitüre 95 Pf.
 1 Pfd. Zucker 95 Pf.
 1/2 Pfd. frisch gebr. Kaffee 95 Pf.
 1 Paket Tee 95 Pf.
 1 Pfd. Viktoria-Erbsen 95 Pf.
 1 Pfd. Bohnen 95 Pf.
 1 Pfd. Linsen 95 Pf.
 2 1/2 Pfd. Kaffee-Mischung 10% 95 Pf.
 1 1/2 Pfd. Kaffee-Mischung 20% 95 Pf.
 1 Pfd. Eier-Bandnudeln 95 Pf.
 1 Pfd. Backpflaumen 95 Pf.
 1 Pfd. Makkaroni 95 Pf.
 1 Pfd. Graupen 95 Pf.
 1/2 Pfd. Korinthen 95 Pf.
 1/2 Pfd. Mandeln 95 Pf.

Obst u. Gemüse
 Pa. Feigen 25 Pf.
 Erdnüsse frisch ger. 1/4 Pfd. 10 Pf.
 Erdbeeren (Werdersche) Pfd. 90 Pf.
 Kirschen große Knupper Pfd. 60 Pf.
 Zitronen große Dutz. 72 Pf.
 Stachelbeeren Pfd. 25 Pf.
 Gurken große Stck. 30 Pf.
 Schoten Pfd. 25 Pf.
 Kohlrabi Mandel 28 Pf.
 Möhren großes Bund 15 Pf.
 Grüne Bohnen Pfd. 30 Pf.
 Neue Kartoffeln 2 Pfd. 25 Pf.
Wurstwaren
 Sächs. Leberwurst Pfd. 60 Pf.
 Rotwurst Pfd. 65 Pf.
 Fleischwurst Pfd. 95 Pf.
 Landleberwurst Pfd. 65 Pf.
 Jagdwurst 1/4 Pfd. 40 Pf.
 Pa. fr. mag. Speck Pfd. 1.30
 Pa. fr. fetter Speck Pfd. 1.15
 Landschinken ... im ganzen, Pfd. 1.60

Frisches Fleisch
 Schweinebauch Pfund 95 Pf.
 Schulterblatt Pfund 1.20
 Schweinekamm Pfund 1.10
 Kotelett Pfund 1.30
 Kalbskamm und Brust Pfund 1.10
 Kalbskeule Pfund 1.30
 Lammfleisch Pfund 1.10
 Lammrücken Pfund 1.20
 Rückenfett Pfund 95 Pf.
 Hackepeter 1/4 Pfund 25 Pf.
 Pa. Ochs.-Suppenfleisch gefr. Pfd. 55 Pf.
 Pa. Ochs.-Schmorfleisch gefr. Pfd. 80 Pf.
 Pa. Rinderleber getrock. ... Pfund 78 Pf.
 Pa. Rinderherzen Pfund 30 Pf.
 Pa. Schweineköpfe u. Fettsacke Pfd. 28 Pf.
Besonders günstiges Angebot!
 Schweineschinken getrock. Pfund 70 Pf.
 Pa. Schweineschmalz selbst ausge-lasert, Pfund 70 Pf.
 Himbeersaft gar. rein, 60%, 1/2 Flasche 1.45
 Apfelwein 1/2 Flasche ohne Glas 50 Pf.
 Obschschaumwein Champagner Flasche 1.50

Weine und Liköre
 2 1/2 Fl. Apfelwein ohne Glas 95 Pf.
 2 Probefl. Kantorowicz-Liköre frei nach Wahl 95 Pf.

Das große Warenhaus des Nordens



Swinemünder Straße 86
 Ecke Lortzingstr.

Obst
 4 Pfd. Feigen 95 Pf.
 1 Dtz. Apfelsinen 95 Pf.